

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 10 Oktober 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Burn-out

Wenn die Kraft zu Ende scheint

In dieser Ausgabe:

**Gesundheitsmanagement:
Gesundheit braucht einen
Schutzschirm**

**Auslandseinsätze:
In Afghanistan eigenes Bild gemacht**

**Lesung:
„Abgeknallt“ beeindruckt
Studierende**

**European Gay Police Association:
Polizei der Vielfalt**

**Vereinbarkeit Beruf und Familie:
Wenn Frauen die Familie ernähren**

Seniorenjournal



Schwarze LKW-Plane plus braune Baumwolle macht:

Eine Gepäckserie für Individualisten. HALFAR

Robust und doch modern, dank der gekonnten Materialwahl, schafft diese Serie einen so unverwechselbaren Stil.

Cross Bag „Champ“

Ausstattung: Hauptfach mit Kordelzug; großes RV-Innenfach mit aufgesetzten Organizer-Elementen; Überschlag mit Steckschnallen; längenverstellbarer Schultergurt.

Maße: ca. B 38 x H 33 x T 9 cm

12-0611

14,50 €



Rucksack „Champ“

Ausstattung: Geräumiges Hauptfach mit Kordelzug; Überschlag mit Steckschnallen; RV-Vortasche; Handgriff; gepolsterte, längenverstellbare Träger; gepolsterter Rücken.

Maße: ca. B 30 x H 36 x T 13 cm

12-0612

17,95 €



Matchesack „Champ“

Ausstattung: Hauptfach mit Kordelzug; längenverstellbarer Umhängegurt; Handgriff; RV-Bodenfach.

Maße: ca. Ø 29 x H 54 cm

12-0613

15,50 €



Sporttasche „Champ“

Ausstattung: Geräumiges Hauptfach mit Reißverschluss und Regenschutz; RV-Seitentaschen, eine nutzbar als Schuhfach; Handgriffe; abnehmbarer, längenverstellbarer Schultergurt.

Maße: ca. B 59 x H 29 x T 32 cm

12-0614

22,95 €



Fordern Sie auch direkt unseren neuen Werbemittelkatalog an!



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165 • osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Gesundheit braucht einen Schutzschirm

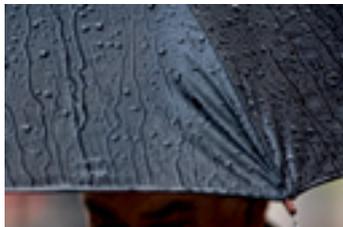


Foto: Martin Bernetti/dpa

Die Arbeitsfähigkeit und die Fähigkeit, die Arbeit zu bewältigen, sind für eine Eingriffsverwaltung von zentraler Bedeutung. Voraussetzung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Polizei ist, die Kompetenz des Einzelnen zu erhalten und zu fördern.

Seite 13

In Afghanistan eigenes Bild gemacht



Einen besseren Überblick über die Situation der Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Mission in Afghanistan befinden, zu erhalten, war das Ziel einer Besucherreise des Bundesinnenministeriums Ende Mai. Für die GdP nahm der Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut teil.

Seite 18

Polizei der Vielfalt



Ende Juni fand im irischen Dublin die europäischen Konferenz lesbischer, schwuler, bisexueller und transsexueller Polizisten aus aller Welt statt. Die 150 Delegierten aus Europa, Amerika und Asien wurden vom irischen Präsidenten Michael D. Higgins und Justizminister Alan Shatter empfangen.

Seite 25

KOMMENTAR An Gelassenheit gewinnen	2
FORUM	2/3/37
TITEL/BURN-OUT Wenn die Kraft zu Ende scheint	4
Burn-out-Lotsen – eine Möglichkeit der Hilfe	7
Stress ist, was uns auf Dauer bremst	8
GESUNDHEITSMANAGEMENT Gesundheit braucht einen Schutzschirm	13
LESUNG „Abgeknallt“ beeindruckt Studierende	16
AUSLANDSEINSÄTZE In Afghanistan eigenes Bild gemacht	18
AUSLANDSEINSÄTZE UN-Peacekeeping-Mission	21
EUROPEAN GAY POLICE ASSOCIATION Polizei der Vielfalt	25
GdP IN DER PRESSE	26
SOZIALPOLITIK DGB-Rentenreform	28
TARIFPOLITIK Entgeltordnung TV-L Datenverarbeitung	32
AM RANDE NOTIERT	32
VEREINBARKEIT BERUF UND FAMILIE Wenn Frauen die Familie ernähren	33
KINDERARMUT Geteilte Stadt	34
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40

An Gelassenheit gewinnen

Die in irgendeinem Hinterzimmerstudio in den Vereinigten Staaten gedrehten Zündelbilder konnten innerhalb weniger Tage zu einem Flächenbrand führen. Ein Schmähdokument von Islam-Hassern entflammte die islamische Welt und brachte die westlichen Gesellschaften ins Wanken. Erschüttert hat der Aufruhr den Westen und die Fundamente seiner Gesellschaften indes nicht, aber mit Besorgnis muss man die offenbarten Unsicherheiten dort zur Kenntnis nehmen. Die über 60-jährige Geschichte der Bundesre-



publik ist auch eine Erfolgsgeschichte unserer gemeinsamen Werte und unserer Verfassung. Das gemeinsame Haus Deutschland mit seinen Sälen der Kunstfreiheit, der Meinungsfreiheit und auch der Demonstrationsfreiheit ist mühsam aus den Ruinen des 2. Weltkrieges aufgebaut worden. Wir Polizistinnen und Polizisten haben einen Eid darauf geschworen, diese Freiheitsrechte zu verteidigen. Deshalb steht es auch überhaupt nicht zur Diskussion, dass Polizeibeamtinnen und -beamte jede zugelassene Demonstration schützen werden und jedem Menschen die Möglichkeit verschaffen werden, die freie Rede auszuüben, solange dies in den gesetzlichen Bahnen verläuft.

In Reaktion auf den anti-islamischen Schmähdokument wurde nur allzu schnell nach dem Verbot dieses Films geru-

fen, und zwar weil angeblich der öffentliche Friede in Gefahr sei. Dieser Meinung sollte entschieden entgegengetreten werden, der öffentliche Friede ist nicht in Gefahr. Er ist deshalb nicht in Gefahr, weil gewaltbereite Salafisten zwar eine Herausforderung für die Polizei darstellen, aber wir sollten uns davor hüten, unsere verfassungsmäßigen Grundwerte gewissermaßen in vorseilender Demut und im guten Glauben der Deeskalation gewaltbereiten Salafisten zu opfern.

Die Bundesrepublik hat eine lange Tradition im Ertragen auch von üblen und geschmacklosen Provokationen, das ist unsere Stärke. Diese Stärke sollten wir immer wieder aufs Neue allen Bürgerinnen und Bürgern vermitteln und verdeutlichen, dass in unserem demokratischen Land aus guten Gründen Mittel und Wege zur Verfügung stehen, um friedlich auch auf Provokation zu reagieren. Auf den Anti-Islamismus kann und muss mit einer lebhaften und friedlichen Demonstration „pro Religionsfreiheit“ geantwortet werden. Dabei steht es jeder Bewegung und auch jeder Religion gut an, sich in einem Veränderungsprozess fortzuentwickeln. Gelegentlich sollte nicht übersehen werden, dass auch das katholische und evangelische Christentum des Jahres 2012 durchaus progressiver und mit mehr persönlicher Freiheit gelebt wird, als das noch vor hundert Jahren der Fall war. Deshalb kann man die Hoffnung haben, dass unsere muslimischen Mitbürger an Gelassenheit gewinnen werden, ohne an religiöser Überzeugung zu verlieren.


Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Ethik: das beste Fach überhaupt, DP 8/12

Herzlichen Dank für den Druck dieses Leitartikels. Mit sehr wenigen Leitartikeln unserer DP war ich bisher inhaltlich so konform wie mit diesem Artikel über Ethik. Wenngleich ich der Überzeugung bin, dass das Berufs-Ethos eines Polizeibeamten durch die Trinität – Politische Bildung, Ethik und Psychologie – gemeinschaftlich und gleichwertig dazu führen sollte, das genannte rechtliche und praktische Handwerkszeug im Berufsalltag zu bestimmen, teile ich doch den vermittelten Feuereifer für dieses Fach. Es befriedigt mich sehr, dass ich nach fast 40 Berufsjahren (inzwischen a. D.), davon fast 30 Jahre als Fachlehrer, feststellen kann: Es geht doch langsam vorwärts in der polizeilichen Ausbildung.

Bitte übermitteln Sie meinen Dank Herrn Trappe. Dies verbunden mit dem dringlichsten Hoffen, dass dieses „Ethikfeuer“ noch recht lange seine Lesungen bestimmen möge.

Armin Horzel, Rheinstetten



Den Bericht von Herrn Prof. Trappe habe ich mit großem Interesse und Freude gelesen. Die Offenheit und die Neugier, mit der er sich dem „Verein Polizei“ nähert, sich erst einmal alles anschaut, Eindrücke sammelt, sich in die Menschen in der Uniform hineinversetzt, ihre Arbeit beobachtet ohne zu werten, ist ausgesprochen lobenswert. Wer diesen Weg gegangen ist und so hinter die Kulissen geschaut hat, kann und soll auch im Umgang mit der Polizei provokante Themen ansprechen.

Denn Aufgabe der Ethik ist m. E. nicht, anderen zu sagen, was alles falsch läuft und wie es besser ginge, sondern vielmehr der kritischen Auseinandersetzung mit sich selbst und dem System Polizei einen Raum zu geben, in dem jeder für sich einen Weg finden kann, mit den vielfältigen Anforderungen dieses Berufes umzugehen (schließlich wollen wir alle doch gesund bis zum Ruhestand kommen). Herr Prof. Trappe hat die nötige Haltung, um das zu ermöglichen.

Seine Gedanken, ihm fehle der nötige „Stallgeruch“ oder er sei ja nur „Zivilist“, sehe ich nicht als Manko, sondern als Vorteil, zu viel Stallgeruch stumpft die Rezeptoren in der Nase ab.

Die Polizei braucht viel mehr Menschen mit anderen Blickwinkeln, die uns



bei der kritischen Auseinandersetzung mit uns selbst helfen. Das bedingt aber, dass sich jeder von „uns“ um die gleiche Offenheit gegenüber ethischen Aspekten und somit den Ethikern bemühen muss, die Herr Prof. Trappe uns vorlebt.

Jürgen Potthoff, PP Münster



Der Artikel über Ethik hat mich sehr angesprochen. Ich danke Euch für Eure Arbeit und bin, wie jedes Mal, auf die nächste Ausgabe der DEUTSCHE POLIZEI gespannt...

Außerdem hat mich der Artikel zu einem Gedicht inspiriert bzw. mir die nötigen Vorlagen dafür gegeben.

Michael Werner, Würzburg

Zu: „Erhebliche Defizite in der Zusammenarbeit“, DP 8/12

Herr Edathy antwortet am Ende auf die Frage, welche Präventionsmaßnahmen er für richtig hält, wieder einmal nur ausweichend. M. E. werden die wahren Gründe für Rechtsextremismus verschwiegen.

Als Polizist in einer Großstadt muss ich täglich feststellen, dass eine deutliche Mehrheit der Straftäter ausländischer Herkunft ist. Insbesondere der Tätertourismus aus dem Ostblock. Organisierte Banden, die unterschiedlichste Tätergruppen nach Deutschland entsenden. Hat man mal Täter auf frischer Tat ertappt, werden eine Vielzahl nach der ED-Behandlung wieder entlassen, ohne dass ihr Aufenthaltsort geklärt ist, und für die Justiz ungreifbar sind. Denn sie touren in andere Städte oder Länder Europas, um hier weiter Straftaten zu begehen. Immer wieder frage ich mich, ob man den Haftgrund der Fluchtgefahr inzwischen aus der StPO gestrichen hat!?

Deutsche Jugendliche, die keine Lehrstelle bekommen oder keine Arbeit haben, können leicht negativ beeinflusst werden und in die rechte Szene abrutschen. Jugendzentren und Musikschulen – wie Herr Edathy anmerkt – können natürlich Jugendliche von der Straße holen. Aber es ändert nichts an den genannten Tatsachen.

Gerade dem Kriminalitätstourismus sollte europaweit Einhalt geboten werden, z. B. durch Einreiseverbote. Dies gilt selbstverständlich auch für Deutsche, die

im Ausland Straftaten begehen. Denn jedes Land ist es nicht nur seinen Landsleuten schuldig, für ihre Sicherheit zu sorgen, sondern wir sind es auch der Masse der rechtschaffenden Bürger mit Migrationshintergrund schuldig, dass ihr Ansehen nicht durch solche Täter geschädigt wird.

Diese und weitere Maßnahmen sind notwendig, um dem Rechtsextremismus den Nährstoff zu entziehen.

Eine Statistik über Straftaten mit dem Anteil ausländischer Täter in Hamburg findet man bei Welt-Online: www.welt.de/regionales/hamburg/article1520423/Kriminelle-Auslaender-geraten-in-den-Fokus.html

**U. Schröder,
Polizeibeamter aus Hamburg**

Zu: Videoaufklärung Lagen, DP 8/12

Die in dem Interview zu lesende rechtliche Bewertung zum Einsatz von Videotechnik ist nicht mehr aktuell und zum Teil wenig konkret.

Technische Begriffe wie Video- oder Bildaufnahmen oder Bildübertragung müssen im Hinblick auf die rechtliche Einordnung als Grundrechtseingriff wie folgt qualifiziert werden:

- Erhebung personenbezogener Daten
- Weiterer Umgang mit diesen Daten, z.B. Speichern, Übermitteln, Nutzen und Verändern, vgl. dazu auch § 3 DSGVO NRW.

Das Interview befasst sich zentral mit der Erhebung von personenbezogenen Daten durch technische Mittel im Zusammenhang mit größeren Personengruppen, die sich als Veranstaltung aber auch als Versammlung i.S. von Art. 8 GG darstellen können.

Die Erhebung von personenbezogenen Daten durch technische Mittel verläuft nach einfachen gesetzlichen Mustern. Dem Zitat PD Müller: „Diese sehr komplexe Fragestellung ist pauschal kaum zu beantworten“ lässt sich mit nachfolgender Skizze begegnen:

Datenerhebung bei: Veranstaltungen, die nicht unter Art. 8 GG fallen (z.B. ein Fußballspiel) zur Gefahrenabwehr, Befugnisnorm § 15 PolG NRW; Veranstaltungen, die nicht unter Art. 8 GG fallen zur Strafverfolgung, Befugnisnormen § 100 h StPO, § 163 I S. 2 StPO, § 163 b; Veranstaltungen, die unter Art. 8 GG fallen (z. B. eine Großkundgebung) zur Gefahrenabwehr §§ 12, a 19 a VersG (des Bundes), in NRW fehlt ein entsprechendes Gesetz; Veranstaltungen, die unter Art. 8 GG fallen

(z.B. eine Großkundgebung) zur Strafverfolgung Befugnisnormen § 100 h StPO, § 163 I S. 2 StPO, § 163 b.

Es muss klar sein, dass gerade für Maßnahmen der Strafverfolgung keine rechtlichen Schwierigkeiten bestehen. Die im Zusammenhang mit der so genannten „Radar-Rechtsprechung“ (BVerfG, Beschl. v. 11.8.2009) gezogene Kompromisslösung, dass § 100 h StPO über die Transmissionsklausel des § 46 OWiG auch für die Verfolgung von Geschwindigkeitsverstößen gilt, verdeutlicht einmal mehr, dass nicht nur diese Norm, sondern auch die Generalermittlungsklausel des § 163 I S. 2 StPO taugliche Befugnisnorm für Videoaufnahmen ist, wenn mindestens der Anfangsverdacht einer Straftat (vgl. § 152 II StPO) vorliegt.

Differenziert betrachtet werden muss der Einsatz der Videotechnik zur Gefahrenabwehr bei Versammlungen. Hier ist die „alte“ Auffassung „Nahaufnahmen – Weitaufnahmen“ aufgegeben worden. Jeglicher Einsatz technischer Mittel zur Fertigung von Bildaufnahmen kann eine abschreckende Wirkung auf den Versammlungsteilnehmer entfalten und ist damit als Grundrechtseingriff zu betrachten, unabhängig vom eigentlichen Ziel. Das Bundesverfassungsgericht (Beschl. v. 17.2.2009), das VG Münster (Urt. v. 21.8.2009), das OVG Münster (Beschl. 23.11.2010) sowie die VG Berlin (Urt. v. 5.7.2010) und Stuttgart (Beschl. v. 20.2.2012 -alle Entscheidungen über juris oder beck-online) liefern überzeugende Begründungen, denen sich auch die Literatur (Roggan, NVwZ 2010, S. 1402 ff und NVwZ 2011, 590 zum Drohneinsatz, Söller, DVBl. 2010, S. 1245 ff und ausführlich aus polizeilicher Sicht Beier,

Fortsetzung auf Seite 37

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Wenn die Kraft zu Ende scheint

Burn-out – das war lange die attraktive Umschreibung eines sich schleichend einstellenden finsternen Zustandes, der nichts anderes bedeuten soll als: Ich kann nicht mehr.

Wer nun reflexartig meint, das könne ihm nicht passieren, schließlich sei man kein Weichei oder ähnliches, dem ist das Problem noch nicht in Gänze bewusst. Denn es kann selbst die Stärksten treffen, die engagiertesten. Oder gerade sie.

Der Begriff kommt nicht umsonst so schick und aufgepeppt daher. Burn-out, das klingt doch ganz anders als erschöpft, depressiv, energie- und kraftlos. Und es wurde sogar als die „Managerkrankheit“ deklariert. Es suggeriert unermüdliches Arbeiten, wichtig sein, Erfolg: Heute zeichnet sich allerdings mehr und mehr ab, dass die sogenannten Helfer-Berufe, zu denen auch der des Polizisten gehört, besonders betroffen sind.

Bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird Burn-out seit 1998 als „Problem mit Bezug auf Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung“ geführt. Das klingt nicht so gut – ein bisschen nach: Leben nicht im Griff haben und selbst schuld sein. Dabei hat man doch alles gegeben ... Genau das ist offenbar der Punkt: Alles gegeben zu haben. Alle Energie, alle Kraft – bis zur Erschöpfung.

Burn-out per Definition

Den Burn-out-Begriff hat der 1999 verstorbene deutsch-amerikanische Psychoanalytiker Herbert Freudenberger in den 70er-Jahren erstmals publiziert und definierte damit eine Erschöpfung aufgrund von Überforderungen, die von innen oder von außen – durch Familie, Arbeit, Freunde, Liebhaber, Wertesysteme oder die Gesellschaft – kommen kann und einer Person Energie, Bewältigungsmechanismen und innere Kraft raubt. Er bezeichnete damit einen Gefühlszustand, der hervorgerufen wird von permanentem übermäßigem Stress, der schließlich persönliche Motivationen, Einstellungen und Verhalten beeinträchtigt. Der Psychoanalytiker benannte damit vor allem den „Gesundheitszustand nach Überlastungsphasen, der geprägt war von Reizbarkeit und zynischem Verhalten“. Freudenberger

Millionen Deutsche sitzen in der Burn-out-Falle. Die Medien greifen das Thema bis zur Erschöpfung auf. Dem Einzelnen soll all das sicher immer mehr Klärung und Verständnis für das Problem bringen. Er wird auf Hilfsangebote hingewiesen, er kann erfolgreich therapiert werden, er kann künftig die Alarmzeichen erkennen und gegensteuern – doch das Problem ist damit nicht aus der Welt. Es wird sich den Nächsten oder die Nächste greifen. Wenn wir nicht gewappnet sind.

beschreibt die Entwicklung von Burn-out als einen „ (...) Zustand, der sich langsam über einen Zeitraum von andauerndem Stress entwickelt (...)“. Das Stressempfinden wiederum sei, so der Psychologe Richard Lazarus, individuell: Die persönliche Bewertung entscheidet, ob mich ein Reiz aus der Umwelt stresst oder nicht.

Dieser Ansatzpunkt verspricht Hoffnung.

Die Deutschen – ein Volk von Erschöpften?

Schaut man in die Geschichte, ist das Burn-out-Phänomen gar kein so neues. Übermäßige Erschöpfung vieler scheint



immer dann eine große Rolle zu spielen, wenn der vermeintliche gesellschaftliche „Fortschritt“ seinen Tribut verlangte. Etwa zum Ende des 19. Jahrhunderts, als die Industrialisierung den Menschen unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen aufzwang. Es scheint, dass gewaltige gesellschaftliche Umbrüche durchaus für eine kollektive Erschöpfung ursächlich sein können.

Heute wird Burn-out vorrangig mit der Intensivierung am Arbeitsplatz, den wachsenden und komplexer werdenden Anforderungen der globalisierten Welt und einer extrem schnellen Technikentwicklung in Verbindung gebracht.

Schauen wir uns unseren täglichen Arbeits- und Alltag an: Die sogenannte moderne Welt erleichtert uns eine Menge, treibt uns aber auch in einem nie gekannten Tempo vor uns her: Nicht wenige von uns hetzen durch die Zeit, versuchen die Informationsflut zu beherrschen, hochflexibel zu sein, alle vorgegebenen

Ziele zu erreichen, dem Standard zu entsprechen, möglichst perfekt zu agieren, keine Fehler zuzulassen – dabei wächst der Zeit- und Konkurrenzdruck, die Unterstützung sinkt, Anerkennungen bleiben aus. Die ständige Erreichbarkeit durch elektronische Medien und der Erwartungsdruck der Absender tun ein Übriges. Frauen, so meint der Burn-out-Experte Prof. Matthias Burisch in einem Interview für das Internetportal MyHandycup, seien dabei stärker als Männer betroffen. „Sie kommen mit der oftmals vorhandenen Doppelbelastung als Berufsfrau und Mutter, gepaart mit zu hohen Ansprüchen an sich selbst, an die Grenze der Belastbarkeit.“

Keine Entwarnung

Und der Stress nimmt weiter zu. Dabei verkürzt er das Leben, wie jüngst durch eine britische Studie nachgewiesen wurde: Selbst leichte psychische Probleme erhöhen demnach das Risiko, früher zu sterben. Gleichzeitig fürchten die Mediziner eine große Anzahl von psychisch Kranken, die den Weg zur Hilfe scheuen. Fatal. Denn es ist nicht eben mal nur ein Tief, das der eine oder andere hat, sondern: Stress kann lebensbedrohlich werden! Von den Ergebnissen der erwähnten Studie zeigte sich die Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin und Ärztliche Psychotherapie (DGPM) (ausführlich unter <http://idw-online.de/de/news493677>) gegenüber der Presse alarmiert: „Seelische Nöte gefährden die Gesundheit weit stärker als bisher bekannt. Selbst mäßige Probleme, die noch keiner Krankheit entsprechen, steigern das Sterberisiko deutlich um 20 Prozent, wie eine große britische Studie zeigt. Demnach schlagen Angst, Unzufriedenheit oder Schwermut auf Dauer auf das Herz-Kreislauf-System.“ Professor Dr. med. Johannes Kruse, Vorsitzender der DGPM wies darauf hin, „...dass seelische Nöte auch jene Menschen gefährden, die gewöhnlich keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.“ Die DGPM rät daher, auch leichte Symptome von psychischem Stress ernst zu nehmen und auf das eigene seelische Wohl zu achten.

GdP wurde aktiv

Bleiben wir im polizeilichen Bereich: Im Jahr 2010 hatte die „Beerlage-Studie“ (Auftraggeber war das Bundesministerium des Innern) die hoch belastende Situation für die Beschäftigten in der

Bundespolizei wissenschaftlich belegt: Demnach ist jeder vierte Bundespolizist vom Burn-out-Syndrom betroffen.

Aber woran liegt es, dass rund ein Viertel aller Bundespolizisten und -polizistinnen „ausgebrannt“ sind? Das wollte die GdP Bundespolizei genau wissen und beauftragte Prof. Dr. Gerd Strohmeier von der Technischen Universität Chemnitz mit einer entsprechenden Studie. Ein zentrales Problem, so konstatierte die Studie, sei die massive Belastung: Gut drei Viertel (76,2 %) aller Befragten bewerten den dienstlichen Belastungsgrad als hoch bzw. sehr hoch. Dabei ergaben sich besonders starke Belastungen aus den Wochenenddiensten, der Mehrarbeit und dem Schichtdienst. Weitere zentrale Probleme sind die beruflichen Rahmenbedingungen und deutliche Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nach eingehender Analyse der Studienergebnisse kam der nächste Schritt. Es wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet (s. DP 9/12, S. 22), der die Stressoren mildern oder ganz eliminieren soll. Dieser wurde am 10. Mai 2012 dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages, Wolfgang Bosbach, übergeben. Im Herbst dieses Jahres soll er im Innenausschuss beraten werden.

Es geht schlicht und einfach darum, die Arbeit so zu gestalten, dass sie nicht krank macht. Es geht um eine Arbeitskultur – auch bei der Polizei – die die Gesundheit der Mitarbeiter schützt. Ein paar Hinweise auf work-life-balance und Entspannung sind sicher hilfreich, aber nicht ausreichend. Es geht auch darum, dass Führungskräfte verstehen lernen, dass ihre Mitarbeiter nicht nur Leistungsträger sind, die optimal funktionieren sollen, sondern vor allem Menschen mit Seele.

Burn-out-Fälle muss nicht zuspinnen

Die äußeren Bedingungen so zu gestalten, dass sie möglichst wenig Stress verursachen, das ist die eine Seite, mit der man die Burn-out-Fälle umgehen kann. Die andere Seite sollte immer heißen: Was kann ich selbst tun? Wie gestalte ich mein Leben, wie reflektiere ich meine Umwelt, damit ich verlässlich und beständig dauerhaft zufrieden leben und arbeiten kann? Das bedeutet nicht, dass jeder nun schon morgens auf der Bettkante sitzend euphorisch die Tagesaufgaben begrüßen und sich gleichgültig über mögliche Debakel hinwegsetzen sollte – es geht letztlich darum, wie dramatisch oder gelassen die Dinge betrachtet und behandelt werden.

Foto: SZ/Marion Gräning/dpa ZB



BURN-OUT

Es gibt etliche Verlaufstheorien für das Phänomen Burn-out in unserer Zeit. In einem jedoch ist sich die Wissenschaft offenbar einig: Es ist ein schleichender Prozess. Bei dem einen geht er schneller, der andere kommt langsamer zum „Finale“. Das nachfolgende Stufenmodell von Prof. Vinzent Mansmann zeigt die Entstehungsgeschichte mit entsprechenden Symptomen.

12 Burn-out-Phasen der Erschöpfung nach Dr. med. Vinzent Mansmann

1. Drang nach Anerkennung und übertriebener Ehrgeiz

Der Betroffene erfüllt seine Aufgaben mit großer Begeisterung. Allerdings überfordert er sich oftmals dabei und setzt sich zu hohe Ziele.

2. Übertriebene Leistungsbereitschaft

Um den eigenen Ansprüchen zu genügen, wird noch mehr Energie aufgebracht und alles dafür getan, den Ansprüchen doch noch gerecht zu werden. Das Gefühl, unersetzbar zu sein, steigt. Deshalb

Warnsignale und Anzeichen des eigenen Körpers aus. Unzuverlässigkeit und Fehler häufen sich im Arbeitsalltag.

5. Verzerrte Wahrnehmung der Realität

Alte Grundsätze verlieren an Wert, Freundschaften und berufliche Kontakte, die vorher eher Entlastung und Unterstützung waren, werden nun mehr als Belastung empfunden. Die Wahrnehmung wird reduziert auf ein Minimum. Probleme in der eigenen Beziehung treten auf.

6. Ausblenden von ersten Beschwerden

Probleme häufen sich im Leben des Betroffenen und auch körperliche Beschwerden, wie Müdigkeit, Kopfschmerzen und

ken und schränkt sich immer mehr ein, was sein eigenes Verhalten anbelangt. Kritik wird komplett zurückgewiesen und als Angriff auf die eigene Persönlichkeit empfunden. Er zieht sich immer weiter zurück.

9. Entfremdung

In dieser Phase fühlt sich der Betroffene sich selbst gegenüber fremd. Es kommt ihm vor, als würde er nur noch automatisch wie ein Roboter funktionieren ohne freien Willen.

10. Innere Leere

Mutlos und erschöpft bezwingt der Betroffene seinen Alltag. Angst und Panikattacken verfolgen den Betroffenen. Mitunter versucht er, seine Probleme mit Kauf Touren und Fressorgien zu bewältigen.

11. Auftretende Depressionen

Dauerhafte Verzweiflung und Nieder-

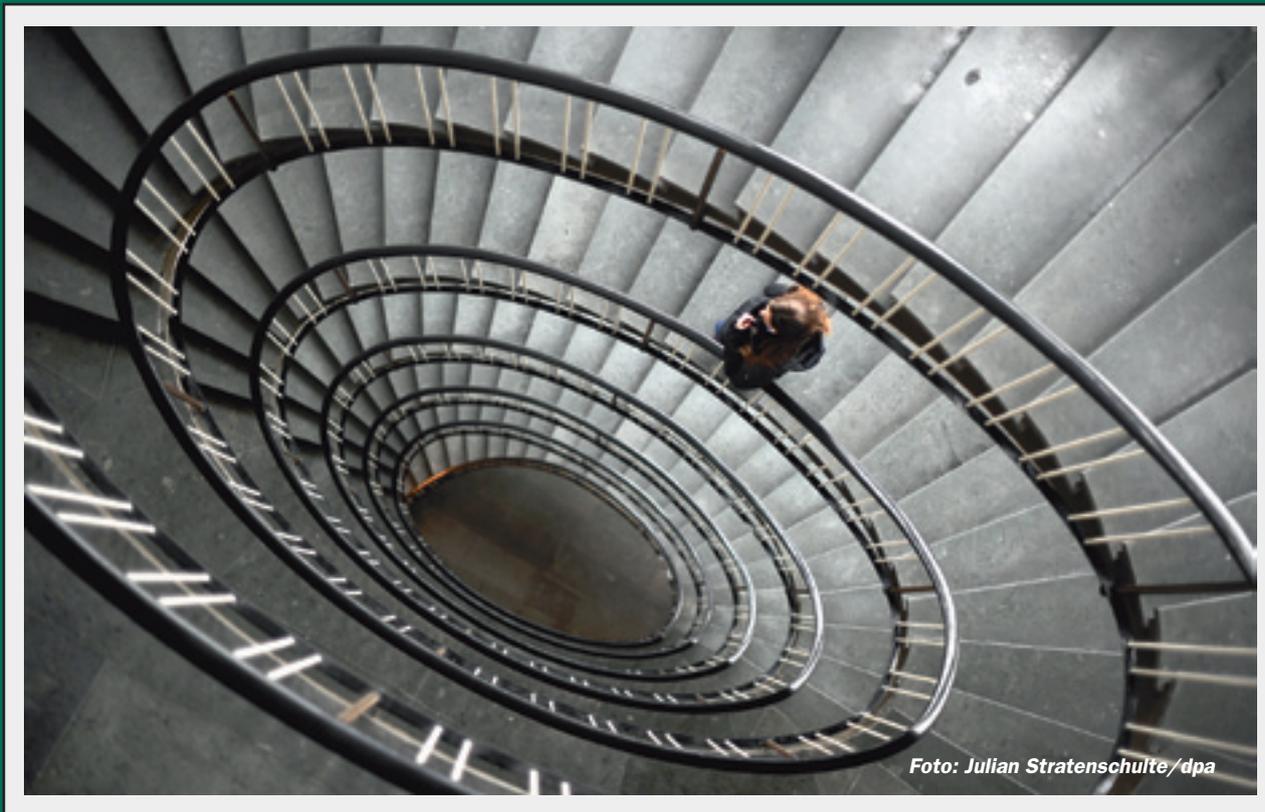


Foto: Julian Stratenschulte/dpa

werden kaum Aufgaben abgegeben und Arbeitsentlastung findet kaum statt.

3. Ausblenden der eigenen Bedürfnisse

In dieser Phase tritt das Verlangen nach Ruhe, Schlaf und Regeneration immer weiter in den Hintergrund. Häufig nimmt der Konsum von Alkohol, Nikotin und Kaffee zu.

4. Ausblenden von Warnsignalen und Überforderung

Um weiterhin leistungsstark zu funktionieren, blendet der Betroffene alle

Angst, setzen ein. Jedoch werden diese Probleme ignoriert und ihnen kaum Beachtung geschenkt.

7. Rückzugsphase

Hoffnungslosigkeit breitet sich aus und verdrängt alle positiven Gefühle. Alkohol und Medikamente dienen häufig zur Ablenkung. Das soziale Umfeld wird als Bedrohung angesehen und als überfordernd empfunden.

8. Beratungsresistenz baut sich auf

Der Betroffene wird unflexibel im Den-

geschlagenheit stellen sich ein. Andere Erkrankungen, wie beispielsweise Mager sucht, können auftreten.

12. Totale Erschöpfung

Die andauernde geistige und körperliche Müdigkeit lähmt und beeinflusst das gesamte Leben: das Immunsystem ist geschwächt, die Gefahr von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Magen-Darm-Leiden steigt erheblich. Die Suizidgefahr ist in diesem Stadium am höchsten.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin formuliert es auf ihrer Web-Site so:

„Nicht als Ersatz für eine gesundheitsgerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen, sondern als Ergänzung ist der Ansatz zur individuellen Stressbewältigung zu verstehen. Das Ziel dieser Strategie besteht darin, die Beschäftigten zu unterstützen, ein Gleichgewicht zwischen den Arbeitsanforderungen und den eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bedürfnissen herzustellen und aufrecht zu erhalten. Hierzu gehören insbesondere die bewusste Wahrnehmung von Stress, die Mobilisierung eigener Ressourcen, um beispielsweise Konflikte konstruktiv bewältigen zu können.“

Und da ist vieles erlernbar.

Burn-out ist heilbar

Das ist die gute Nachricht. Es gibt in Deutschland inzwischen Psycho-Coaches,

niedergelassene Ärzte, Psychologen sowie Psychotherapeuten und ganze Kliniken, die sich auf das Burn-out-Syndrom spezialisiert haben. Es gibt darüber hinaus eine ganze Reihe Hilfsangebote für den Fall, dass man „erst“ auf dem Weg zum Burn-out-Finale ist. Ein interessantes Angebot liefern hier die Burn-out-Lotsen – eine relativ neue Form der Unterstützung. Einer von ihnen ist Volker Kleinert, Polizist und GdP-Mitglied. Für ihn ist ein ganzheitlicher Ansatz bei der Burn-out-Therapie der wesentliche Lösungsweg: „Solch einen Ansatz haben die Burn-out-Lotsen geschaffen. Die Burn-out-Akademie in Löwenstein bildet dazu Menschen mit entsprechender sportlicher, mentaler, medizinischer oder therapeutischer Vorbildung in mehreren Stufen zu ‚Burn-out-Lotsen‘ aus. So ist ein Netzwerk entstanden, das aus Experten vieler Fachrichtungen besteht, darunter Ärzte, Psychologen, Physiotherapeuten, Personal-Trainer, Sporttherapeuten und Ernährungswissenschaftler. Viele dieser Spezialisten

arbeiten interdisziplinär zusammen und teilen ihr Wissen untereinander.“

Wenn es funktioniert, ist das durchaus ein interessanter Ansatz, insbesondere weil in einem solchen Netzwerk Forschungsergebnisse und Erfahrungen sehr viel schneller verbreitet und interdisziplinär diskutiert und „angereichert“ werden können.

Der erste Schritt in Richtung Hilfe ist sicher immer der schwerste. Wer sich dazu durchringen kann, der wird es künftig leichter haben. Es geht um nicht weniger als um Gesundheit und um Lebensfreude. Das sollte Antrieb genug sein. Angebote gibt es inzwischen viele.

Die GdP führt die Diskussion weiter – zum Beispiel mit ausgewiesenen Burn-out- und Stress-Experten auf dem Arbeitsschutzsymposium am 22. November in Potsdam. DP wird darüber berichten.

Marion Tetzner

Burn-out-Lotsen – eine Möglichkeit der Hilfe

Das Ziel der Burn-out-Lotsen beschreibt Volker Kleinert mit der Vermittlung von „Hilfe zur Selbsthilfe“: Die Gäste sollen Experten für ihre eigene Situation werden. Wie das abläuft, beschreibt er wie folgt:

„Ein Burn-out-Lotse führt mit seinem Gast zu Beginn anhand des Interviewleitfadens ‚Meine Situation‘ eine Befragung durch, die 330 Fragen zu allen denkbaren Lebensbereichen enthält. Ergänzend werden körperliche Tests durchgeführt. Als Ergebnis erhält der Gast eine Auswertung, die aufzeigt, ob ein Burn-out-Prozess vorliegt und wie weit dieser fortgeschritten ist. Die Auswertung besteht aus 23 Indizes und zeigt auch auf, ob der Prozess eventuell schon so weit fortgeschritten ist, dass ein Arzt, Psychiater oder Psychologe hinzugezogen werden sollte bzw. eine stationäre Therapie sinnvoll wäre. Die Erfahrung zeigt, dass für Menschen, die den Gang zum Psychologen scheuen, der Kontakt zum Burn-out-Lotsen eine deutlich niedrigere Hemmschwelle bildet und somit ein weiteres Fortschreiten des Prozesses verhindern werden kann. Beim Hinweis auf andere Ursachen sind sich die Burn-out-Lotsen ihrer Verantwortung bewusst und raten zum Aufsuchen von weiteren Spezialisten. Im Anschluss an das Gutachten folgt

häufig das Helpcamp. Darin werden dem Gast über drei Monate in zwölf Terminen einmal pro Woche ein Burn-out-Beschleuniger und Gegenmaßnahmen vorgestellt. Diese werden eingeübt und anschließend erhält der Gast Wochenaufgaben. So wird sichergestellt, dass er sich aktiv mit den Themen auseinandersetzt und diese auch in den Alltag bzw. Beruf integriert. Daher ist es erwünscht, dass die Gäste während der Maßnahmen in ihrem normalen Lebens- und Arbeitsumfeld bleiben, um eine schnelle und dauerhafte Umsetzung zu erreichen. Begleitend führen die Gäste ein Sportprogramm durch und Burn-out-Lotsen vermitteln spezielle Entspannungstechniken, die auch im Stress erlernt werden können und leicht durchzuführen

sind. Das Helpcamp basiert auf der kognitiven Verhaltenstherapie, die derzeit als wirkungsvollste Hilfe bei Burn-out gilt. Für Gäste besteht auch die Möglichkeit



Foto: Klaus Rose/dpa

mit den Burn-out-Lotsen Einzelgespräche durchzuführen. Burn-out-Lotsen mit der Zusatzausbildung Navigator wurden darauf speziell geschult und sollen dem Betroffenen noch gezieltere Hilfe zur Selbsthilfe geben.“



Stress ist, was uns auf Dauer bremst

Andreas Winter ist der Gründer und Leiter des Instituts PowerScout in Iserlohn. Der Diplompädagoge (Uni Dortmund) praktiziert dort mit langjähriger Erfahrung in Trance-, Hypnose- und Suggestivtechniken suggestive Gesundheits-, Erziehungs- und Konfliktberatung. Mit ihm sprach DP-Redakteurin Marion Tetzner.

Herr Winter, Sie sagen: Burn-out ist keine Krankheit. Was steckt hinter diesem Begriff?

Überlastung. Meiner Ansicht nach steckt dahinter, dass man aus einem ganz bestimmten Antrieb heraus mehr leistet, als man zu leisten im Stande ist. Quelle ist dabei vor allem Angst vor Zurückweisung. Menschen, die sich ausbrennen, tun das, weil sie Schuldgefühle haben, wenn sie weniger leisten. Das ist eine ganz klassische Erziehungsfolge in unserer Leistungsgesellschaft. Und deshalb trifft das auch oft gerade Menschen in Löser- und Zupackberufen – also Feuerwehr, Polizei, Hausmeister – alle die, die gebraucht

und gerufen werden, wenn es „brennt“, die das Gefühl haben, sie dürfen nicht locker lassen.

Das Burn-out-Syndrom entsteht dadurch, dass ein Mensch unterbewusst spürt, er darf nicht schlapp machen, er darf sich keine Schwäche leisten, er muss durchhalten, obwohl er eigentlich seine Grenze schon fast überschritten hat.

Das hört sich nach selbstgemachter Überforderung an. Steckt nicht mehr dahinter?

Auch Obrigkeitsdenken, hierarchische Strukturen, funktionierende Kommandoketten spielen eine Rolle. Da können

Sie nur überleben, wenn Sie die Obrigkeit nicht in Frage stellen. Sie haben kaum die Möglichkeit „Stopp“ zu sagen. Außerdem: Schauen Sie sich die Männer an, die kämpfen alle darum, Anerkennung für die Maskulinität zu bekommen, für die Tatkraft, sie definieren sich darüber, dass sie stark sind, dass sie zur Stelle sind, sie sind ja schon per se fast prädestiniert, sich zu verbrennen, weil es als Tugend gilt, stark zu sein, auszuhalten, sich nicht zu beklagen. Das macht doch kein Mensch auf Dauer freiwillig! Aber Unfreiwilligkeit ist der einzige Stressauslöser.

In der Polizei sind Frauen aber in ähnlichen Situationen ...

Ja, weil sie in einer maskulin geprägten Gesellschaft leben. Das feminine Prinzip ist zurzeit noch nahezu wertlos in unserem Kulturkreis. Denn das feminine Prinzip beinhaltet vor allem emotionale Kompetenz und ist eigentlich: nicht Ma-

Anzeige



Celenus-Kliniken GmbH
Hauptverwaltung
Moltkestraße 27, 77654 Offenburg
Telefon: 0781 932036-0
info@celenus-kliniken.de
www.celenus-kliniken.de



Ihr Start in ein ausgeglichenes Leben

Als deutschlandweiter Anbieter für die medizinische Rehabilitation bietet die Celenus-Gruppe Gesundheitsleistungen aus den Bereichen Orthopädie, Kardiologie, Neurologie, Mutter/Vater-Kind-Präventionskuren und Onkologie. An folgenden Standorten haben wir uns auf die Diagnostik und die Behandlung von Stressverarbeitungsstörungen spezialisiert und **bieten sowohl die Möglichkeit zur Prävention als auch zur Behandlung solcher Erkrankungen an:**

Celenus-Kliniken mit Spezialisierung auf Diagnostik und Behandlung des Burn-out-Syndroms:	
Celenus Klinik Schömburg Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Dr.-Schröder-Weg 12, 75328 Schömburg, Tel. 07084 50-0 www.klinik-schoemberg.de	Celenus Klinik Kinzigtal Psychosomatische Fachklinik, Zentrum für stressbedingte Erkrankungen und Schmerzstörungen Wolfsweg 12, 77723 Gengenbach, Tel. 07803 808-0 www.klinik-kinzigtal.de
Celenus Fachklinik Freiburg Zentrum für Stress- und Schmerzserkrankungen An den Heilquellen 2, 79111 Freiburg, Tel. 0761 88859-0 www.fachklinik-freiburg.de	Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin (DEKIMED) Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel, Psychosomatik und Orthopädie Prof.-Paul-Köhler-Straße 3, 08645 Bad Elster, Tel. 037437 75-0 www.dekimed.de



BURN-OUT-INTERVIEW

chen, sondern Ermöglichen. Das Maskuline hingegen, das leistet selbst. Ich sage scherzhaft immer: Ein Mann ist in der Lage, ein Gürkenglas innerhalb einer Sekunde zu öffnen. So kräftig sind die Männer! Eine Frau kann das in der Kürze der Zeit nicht unbedingt. Aber eine Frau kann innerhalb einer Sekunde tausende Gürkengläser öffnen lassen – indem sie darum bittet.

Wenn ein Mann darum bitten würde, dann denken alle: Entweder du bist ein Schwächling oder willst mich ausnutzen. Wenn Sie als Frau mich hingegen bitten, dann fühle ich mich geehrt, wenn ich helfen darf – vorausgesetzt Sie akzeptieren Ihre Feminität. Und hier liegt das Problem: Wenn Sie so tun, als würden Sie mit Ihrem großen Bruder konkurrieren oder Ihrem Vater nacheifern, wenn Sie also ihren femininen Pol verlassen haben, tut Ihnen kein Mensch einen Gefallen. Dann müssen Sie alles selber machen und das bringt einen letztlich dahin, dass man irgendwann den Punkt verpasst, wo man merkt, ich kann eigentlich gar nicht mehr.

Heißt das letztendlich, wer in einer Burn-out-Falle landet, ist selbst schuld?

Das ist eine gute Frage. Das Wort Schuld taucht bei mir nicht auf. Man ist verantwortlich. Ich sage, wenn der Beruf Sie kaputt macht, müssen sie diesen Beruf nicht machen. Oder Sie ändern Ihre Einstellung und damit Ihr Verhalten. Sie haben die volle Verantwortung und damit auch die Pflicht, auf sich aufzupassen. Egal, was Sie machen, zerbrechen



können Sie an allem – ob Kindergärtnerin oder Bundespräsident – man selber entscheidet letztlich, wodurch man sich permanent stressen lässt.

Selbst entscheiden, wodurch ich mich stressen lasse – kann man das wirklich?

Dann wären wir ja alle stressresistent.

Es ist erlernbar. Versprochen. Aber das kriegt man selten alleine hin. Dafür sind Coachs, wie ich, da.

Was ist das Gefährliche an permanentem Stress?

Die Dissonanz, also das, was Stresshormone auslöst. Stress darf nur negativ de-

Anzeige



Akutklinik Bad Saulgau

Fachklinik und Poliklinik für
Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie

Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-Folgeerkrankungen
- Mobbing-Folgeerkrankungen
- Problemkreis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Kurze Wartezeiten

Akutklinik Bad Saulgau
Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin & Psychotherapie
Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau
Fon: +49 7581 2006-0 | Fax: +49 7581 2006-400
info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de



BURN-OUT-INTERVIEW

finiert werden. Alles, andere wäre Antrieb, Motivation, Begeisterung. Alles was uns auf Dauer bremst, bezeichne ich als Stress. Wenn ich hin und wieder Dissonanzen verspüre, mich ab und an mal eingeengt, nicht akzeptiert, ängstlich oder nicht wohl fühle, dann ist das nicht so wirklich schlimm. Schlimm wird es dann, wenn der Stress chronisch wird und ins Unterbewusstsein rückt oder gar im Unterbewusstsein entsteht.

Nur – wie lässt sich Stress ausschalten in unserer globalen und komplexen Welt voller neuer technischer Anforderungen und Arbeitsverdichtung? Haben wir da überhaupt eine Chance?

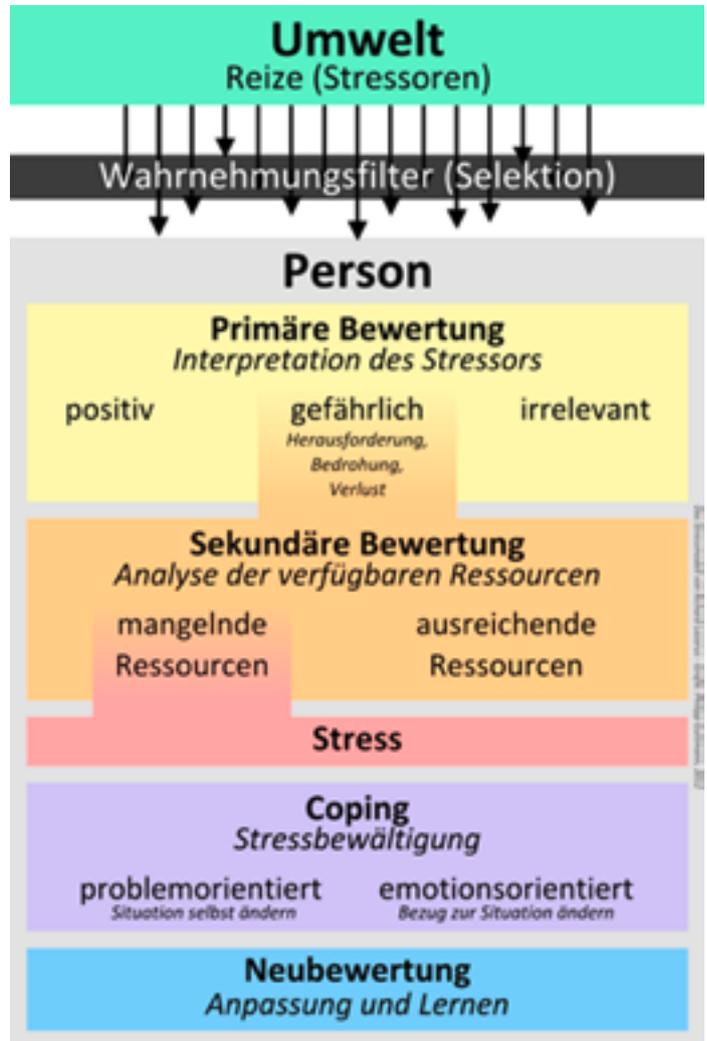
Genau das ist es ja: Ein Mensch denkt, er hätte keine Chance. Aber er muss sich ja nicht unbedingt adäquat anpassen oder alles mitmachen. Er kann ja auch sagen, das ist nicht mein Metier. Was für den einen stressfördernd ist, ist für den anderen fast Entspannung! Was ist denn mit den Menschen, die sich mit den neuen Medien bestens auskennen? Z. B. Facebook – das ist für viele die pure Lust und kein Stress. Die fühlen sich da zuhause. Andere wiederum wollen das nicht, können das nicht, lehnen das ab. Jeder kann doch für sich entscheiden, will ich oder nicht. Ich sage es nochmal: Freiwilligkeit ist der Schlüssel. Unfreiwilligkeit erzeugt Stress. Ich behaupte, dass diese Menschen, die unter chronischen „Krankheiten“ leiden allesamt durch die Bank ohne Ausnahme noch nicht gemerkt haben, dass sie ent-

scheidungsfrei sind.

Das hört sich leicht an, aber an Entscheidungen hängen Konsequenzen. Und die Folgen können so dramatisch sein, dass mancher eher versucht durchzuhalten.

Genau das ist die Theorie des Symptomgewinns! Wir versuchen durchzuhalten, sind aber verzweifelt, fühlen uns hilflos, trinken zu viel, werden depressiv und bekommen Symptome wie Schlafstörungen, Migräne, Magenbeschwerden usw. Wir wollen das alles aber nur

Veranschaulichung des Stressmodells von Richard Lazarus
Grafik:
Philipp Guttman



Anzeige

BURNOUT. DEPRESSIONEN. ANGST.

Benötigen Sie Hilfe? Gemeinsam finden wir den Weg.

In einem kostenfreien Vorgespräch klären unsere Chef- oder Oberärzte die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme. Gerne kümmern wir uns um alles Weitere, z.B. um die Kostenübernahme durch Ihre Private Krankenversicherung.

HELIOS Privatlinik Bad Grönenbach
Dr. med. Volker Reinken · Sebastian-Kneipp-Allee 7 · 87730 Bad Grönenbach
Telefon: +49 (8334) 259 929-550 · bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de


HELIOS
Privatkliniken GmbH



www.helios-privatkliniken.de



BURN-OUT-INTERVIEW



Andreas Winter

Foto: Privat

deshalb aushalten, weil die Folgen einer Entscheidung uns noch bedrohlicher erscheinen. Und hier beginnt das Verständnis, das zu neuen Bewertungen führen kann: Wenn ich verstehe, dass das, was ich bekomme, wenn ich mich der gesamten Situation entziehe – nämlich dass ich in Ruhe gelassen werde – ein viel zu geringer Erfolg für das ist, was ich aufgeben, dann sag ich mir: Der Preis ist mir zu hoch. Und ich habe mich damit bewusst entschieden.

Was aber dann? Der Stress hört doch nicht nach einer bewussten Entscheidung automatisch auf.

Hier ist mein Job als Psychocoach hilfreich: Ich kann mit den Betroffenen erarbeiten, was ihn wirklich und warum belastet. Unsere Therapie ist kein Händchenhalten und trösten, sondern ich sage: Mit der Schubkraft, mit der Sie die Symptome befördert haben, können Sie auch Ihre Zukunft angehen. Und dann verschwinden auch die Symptome. Denn wenn ich ohne äußere Einwirkung plötzlich Beschwerden bekomme, plötzlich z. B. gegen Katzenhaare allergisch bin, dann kann das keine Krankheit sein, denn Krankheit verschwindet durch einen Gesundungsprozess oder sie tötet. Chronische Prozesse hingegen deuten immer darauf hin, dass ich selbst beteiligt bin – vor allem unterbewusst. Und das ist der große Schritt, den wir alle gerade so eben angehen: zu akzeptieren, dass es ein Unterbewusstsein gibt, dass dieses Unterbewusstsein den Großteil unserer Gedanken ausmacht und präzise arbeitet. Aber hier steigen leider viele regelmäßig schon aus: Um Gottes willen, das Unterbewusstsein ist doch nicht präzise, wenn ich nachts irgendwas träume, dann ist das doch Unfug.

Die enormen Anforderungen im Beruf werden aber nicht geringer, sind geradezu prädestiniert, permanent Stress zu erzeugen.

Wir spüren, dass der Druck immer größer wird, es kommen Dinge hinzu, denen können wir uns gar nicht anpassen, aber auch nicht ganz entziehen. Wer von uns spricht schon fließend türkisch, wer beherrscht perfekt jeweils die neueste Technik, wer kennt alle Rechtsvorschriften, wer sieht in Europa noch durch? Ich glaube tatsächlich, dass wir durch die Globalisierung und zunehmender Vernetzungen Anforderungen haben, die uns durchaus überfordern können. Aber ich sage nochmal: Wenn wir etwas freiwillig tun, gibt es keine Überlastung. Ein simples Beispiel: Sie haben einen harten Alltag hinter sich, haben beruflich alles gegeben, drei Überstunden gemacht und sind fix und fertig. Sie kommen nach Hause, da sind noch ein Berg Geschirr, ein Korb mit Bügelwäsche und Ihr Partner sagt: Du Schatzi, gleich nach 10 kommt noch ein Film im Fernsehen Und in diesem Augenblick klingelt der Lottobote an der Tür und sagt: Herzlichen Glückwunsch, Sie haben eine Mio. Euro gewonnen, aber Sie müssen den Koffer mit der Million aus Hannover abholen. Und wenn Sie nicht in 2 Stunden da sind, verfällt der Gewinn. Glauben Sie, Sie legen sich da erst mal schlafen? Nein, Sie sind hellwach, weil Sie es für sich tun, weil Sie nicht müssen, sondern wollen. Mag sein, Sie sind dann erschöpft. Aber doch nicht gestresst.

Also alles eine Einstellungssache?

So ungefähr schon. Was freiwillig passiert, stresst nicht. Nur wenn Sie sich widerwillig an Neues anpassen müssen, dann brauchen Sie sehr viel Serotonin und Sauerstoff und das sorgt für dieses „Ich kann nicht mehr“. Das heißt, es gibt keine Überforderung für jemanden, der sein Leben freiwillig lebt. Der sagt natürlich auch mal: ist nichts meins, mach ich nicht, vergiss es. Das ist die Freiwilligkeit.

Dass Polizisten belastende Einsätze haben, ist doch aber nicht von der Hand zu weisen, auch wenn sie ihren Job bewusst freiwillig machen?

Natürlich gibt es Stressoren, die wir nicht beeinflussen können. Von hinten angesprungen zu werden, von vorn bespuckt, mit Gegenständen beworfen zu werden, sind Stressoren, da gibt es nicht viel zu interpretieren. Wenn uns jemand mit dem Knüppel auf den Kopf haut, dann müsste man schon ein erfahrener Masochist sein, um so etwas angenehm zu finden.



COP® Specials September / Oktober 2012 Gültig vom 20.08. - 31.10.12

Während der GPEC vom 10.09.-15.09.2012 in den COP®-Shops 10% auf Alles! Ausgenommen Sonderangebote, Restposten und Auslaufmodelle. Gilt nur bei Einkauf/Abholung in den Shops (nicht bei Versand) und sofortiger Bezahlung. 10% auf Alles!

1 traser® H3 Uhr P6508 Dark Code Blue
Art.-Nr. 560P6508
Farbe: schwarz; Ø 43 mm
Stärke: 10 mm
Gewicht: 39 g mit Armband
Mit selbstleuchtenden trilateral®-Einlagen. Gehäuse aus Kohlefaser. Uhrwerk Ronda 715 Quarz. Mineralglas. Wasserdichtigkeit 30m/3 bar, Rubberband.

Aktionspreis**
€ 199,90
statt 229,99*

2 Under Armour® Dauntless Rucksack
Art.-Nr. UA12180205
Größe: 48 x 33 x 18 cm
Volumen: 25 Liter
Material: 100 % Nylon
Farbe: schwarz
Robuster Rucksack von Under Armour® mit weißem Under Armour® Schriftzug auf der Vorderseite.

Aktionspreis**
€ 25,90
statt 34,99*

3 Einsatzhandschuh COP® CR212
Art.-Nr. 320212-Größe
Größen: XS - XXXL
Ultradünner Rindslederhandschuh mit einem schnitthemmenden Innenhandschuh der Kategorie 5 bietet Schutz rundum. Verlängerter Bund mit Lasche und Klettverschluss. Prüfung nach EN388 am 09.06.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.

Aktionspreis**
€ 39,90
statt 59,99*

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

4 Einsatzstiefel Original S.W.A.T.® 1152 Side Zip
Art.-Nr. 811152-Größe
Farbe: schwarz
Größen: 36-48 (US 6 - 6,5 Ladies; 6 - 14)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 629 g
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination
Einsatzstiefel mit Schnelleinstieg durch YKK Seitenreißverschluss.

Aktionspreis**
€ 79,90
statt 109,99*

Größe US	6	6,5	7	7,5	8	9	10	11	11,5	12	13	14	
Größe EU	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

5 Einsatzstiefel S&W® 8985 Hi
Art.-Nr. 828985-Größe
Farbe: schwarz; Größen: EU 36 - 47 (US 6 - 13)
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon
Kombination; Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 630 g; Stiefel mit athletischer Passform.

Aktionspreis**
€ 59,90
statt 89,99*

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN ISO 20347

Damen						Herren						
Größe US	6	7	8	9	9,5	8	9	10	11	11,5	12	13
Größe EU	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47

6 Trekkingsocke COP® 7020
Art.-Nr. 7020-Größe
Größen: 35 - 38, 39 - 42, 43 - 46, 46 - 48
Material: 49% Polyamid, 48% Polypropylen, 3% Elasthan

Aktionspreis**
€ 4,90
statt 7,99*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilnabach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

*** ehemaliger Verkaufspreis
* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2012

BURN-OUT-INTERVIEW

Sich im Kollegenkreis über solche Belastungen auszutauschen, ist schon mal gut, das nimmt Druck weg. Und damit ist die Situation erst mal entschärft und weniger belastend.

Ich kann meine Arbeitsumstände nicht ändern, die Welt schon gar nicht. Ich kann also nur an mir „schrauben“, um auszuhalten, was ich will. Wie können Sie dabei helfen?

Wir sind in unserem Institut ein Team, das nicht nur mit dem bewussten Verstand, sondern auch mit den Gefühlen und dem Unterbewusstsein der Betroffenen arbeitet. Wir führen mit verschiedenen Methoden zu Erkenntnissen und damit zum Verschwinden chronischer Symptome. Eigentlich ganz einfach. Das Ergebnis hingegen ist mitunter eine enorme Lebenserleichterung. Denn es ist ein riesiger Unterschied, ob Dinge nachvollziehbar, verständlich, voraussehbar und kalkulierbar sind oder nicht. Heißt also, wenn ich z. B. weiß, was mich erwartet, wie mein Gegenüber tickt,

dann kann ich mich viel besser darauf vorbereiten. Und wenn mir meine Denkwirkung und Verhaltensmuster bewusst werden, dann kann ich da etwas ändern. Das alles bringt mit sich, dass der Stress geringer wird und sogar verschwindet. Und ohne Stress keine krankhaften Symptome.

Wer also den Stress nicht mehr aushält, sollte sich in die Psyche gucken lassen?

Ein ganz deutliches JA. Einen Leidensdruck aushalten und warten, dass er von allein verschwindet, halte ich für das Falscheste, was jemand machen kann. Sie gehen davon aus, dass vieles, was später im Leben Probleme macht, in der frühkindlichen Entwicklung begründet ist. Wie kommen Sie an diese Probleme heran, denn den meisten sind diese Auslöser doch gar nicht bewusst?

Das ist kein „großer Zauber.“ Man schaut sich zuerst die Person an: Gesichtsmimik, Falten, Kleidung, Schmuck, Gestik und zieht Schlussfolgerungen. Weil wir immer so aussehen, wie wir

uns fühlen. Immer – wir können gar nicht anders.

Es ist wichtig zu wissen, der Mensch ist kein Opfer, sondern ein Gestalter: Alles was er tut, hat einen Grund. Und der liegt vorwiegend in der Kindheit. Wir wissen heute, dass nur in den ersten drei Jahren ab Zeugung die persönlichen Programme geschrieben werden. Wenn da etwas Traumatisierendes passiert, merkt sich das Kind das als absolutes Erlebnis – nicht bewusst, aber emotional. Es wird im Unterbewusstsein abgelegt. Daher wissen viele nicht, warum sie gerade ein bestimmtes oder mehrere Probleme haben. Und wenn Sie ihn dann z. B. in einem Hypnoseverfahren fragen, was könnte das sein, dann rollen plötzlich Tränen, Herzrasen oder Schweißausbrüche kommen dazu.

Da erinnert sich das Gehirn, holt es aus dem Unterbewussten. Dort ist ein Speicher von 97 Prozent unserer gedanklichen Welt und wir denken immer noch: ist alles Unsinn, Humbug, Esoterik.

Löst sich also mit dem „Bewusst werden“ das Problem?

Nein. Ganz und gar nicht. Dann kommt unsere eigentliche Arbeit, das Reframing. Das ist unser Kunstwerk. Da sind wir Virtuosen.

Ein und dieselbe Sache einem Menschen so begreiflich zu machen, dass sie ein anderes Gefühl erzeugt – das ist unsere Kunst. Die Schläge des Vaters, dass man von der Mutter in die Besenkammer eingesperrt wurde, dass man vom großen Bruder fast ersäuft wurde – diese Sachen so emotional umzudeuten – und das hat Richard Lazarus in den 50er Jahren erforscht, das geht nicht nur, sondern sorgt auch dafür, dass wir bei ähnlichen Auslösern – bei Vorgesetzten, die uns mies behandeln, bei einer Demonstration mit Gewaltpotenzial – plötzlich ein ganz anderes Gefühl haben.

Wir räumen also erfolgreich in der Kindheit auf. Und dann kann uns permanenter Stress nichts mehr anhaben. Es ist eigentlich ganz einfach, es geht rasend schnell und es verändert das Leben messbar. Was wir machen, ist keine Spielerei, keine Symptomkosmetik, sondern wir holen jemanden aus seinem Muster heraus, das ihn krank gemacht hat. Was er dafür bekommt, ist ein enormer Schub an Lebensfreude und Lebensqualität.

Anzeige

KLINIK DR SCHLEMMER

Centrum für psychosomatische Medizin

Die Klinik Dr. Schlemmer ist eine der führenden Einrichtungen in Deutschland für die Behandlung psychischer Erkrankungen mit 123 Betten in Bad Tölz. Wir sind ein Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin und sind in eine inhabergeführte Gruppe ambulanter und stationärer Versorgungszentren eingebunden.

Bei uns erwartet Sie ein hoher Hotelstandard, im schönen und erholsamen Kurviertel von Bad Tölz. Wir bieten störungsspezifische Psychotherapie auf der Grundlage evidenzbasierter Methoden.

Indikationen sind u.a.: • Burnout • Depressionen • Angststörungen • Schmerzstörungen • Traumafolgestörungen (PTBS)



Sie erreichen uns unter der 08041/ 8086-0 oder per Mail unter info@klinik-schlemmer.de

Klinik Dr. Schlemmer GmbH • Stefanie-von-Strechine-Straße 16 • 83646 Bad Tölz
Telefon +49 / (0)80 41 / 80 86-0 • Telefax +49 / (0)80 41 / 80 86-100
www.klinik-schlemmer.de • info@klinik-schlemmer.de



Gesundheit braucht einen Schutzschirm

Gesundheitsfürsorge ist nicht die Entdeckung Amerikas

Für die Gewerkschaften war es seit ihrer Gründung immer ein Thema. Forderungen nach Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz sind Selbstverständlichkeiten. Auch die Gewerkschaft der Polizei widmet sich diesem Themenfeld permanent.

Das Gesundheitsmanagement ist jedoch mehr. Gesundheitsmanagement vereint zahlreiche Themen: z. B. Lebensphasen orientierte Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf, Prävention und Rehabilitation. Gesundheit braucht fortwährende Aufmerksamkeit, sowie die Menschen gegenseitige Achtsamkeit brauchen.

Neben dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit gehört ebenso die Sorge um

Die Arbeitsfähigkeit und die Fähigkeit, die Arbeit zu bewältigen, sind für eine Eingriffsverwaltung von zentraler Bedeutung. Voraussetzung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Polizei ist, die Kompetenz des Einzelnen zu erhalten und zu fördern. Im Hinblick auf Stress, Über- und Unterforderung oder Monotonie gelten für Beschäftigte der Polizei dieselben Regeln, wie für alle anderen Menschen auch, die sich in Arbeitsumgebungen aufhalten müssen, die krank machen können.

verantwortliche Personalabbau in den letzten Jahren überschneidet sich mit dem Mangel

volle Hingabe zum Beruf erwartet. Doch welche Fürsorge darf es erwarten?

Führung in der Polizei wird seit den 90er- Jahren mit Betriebsführung verwechselt: Die Flexibilität in der gegenwärtigen Arbeitswelt – unabhängig, ob öffentlicher Dienst, Industrie oder Handel – wird auch in der Polizei verlangt. Doch wenn alle es so halten, muss es trotzdem nicht richtig sein. Wir können nicht mit den Schultern zucken und so tun, als seien die Entwicklungen eine Naturgewalt, die zu akzeptieren ist. Die Menschen entfremden sich von ihrer Arbeit.

Gute Besserung – Führungsaufgabe

Die gute Besserung beginnt damit, die ständigen übermäßigen Belastungen anzuerkennen. Wir wollen, dass die Arbeit in der Polizei nicht krank macht. Vorrangig ist selbstverständlich die Gesundheit, das körperliche Wohl. Für die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols, deren Arbeit rund um die Uhr im Schicht- und Wechseldienst organisiert ist, ergeben sich bereits daraus permanent hohe Belastungen. Defizite werden schon seit Langem beschrieben. Eine

Abhilfe ist jedoch immer noch nicht in Sicht. Allein in diesem Aspekt findet sich keine Antwort auf die Frage des Umganges miteinander.



Schutzschirm: Das Wissen um seine Schutzwirkung ist noch keine Sicherheit, nicht doch im Regen zu stehen. Der Schirm muss aufgespannt sein.

Foto: Martin Bernetti/dpa

die Seele. Diesen Schutz zu organisieren erfordert Empathie und nachhaltige Wirksamkeit einzelner Maßnahmen. Es beginnt mit der Anerkennung: Ja, wir brauchen in der Polizei Leidenschaft und Engagement für die Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Mit ihnen steht und fällt der Erfolg der gesamten Organisation.

Die Arbeitswelt in der Polizei ist immer mehr durch Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung geprägt. Die Phasen der Erholung werden immer kürzer. Die Altersstruktur innerhalb der Polizei muss dabei ebenso beachtet werden. Der unver-

an geeignetem Nachwuchs. Der Geburtenrückgang in der Bevölkerung macht es nahezu unmöglich, die Ruhestandsdaten auszugleichen. Der Personalkörper der Polizei überaltert insgesamt. Die summarischen Folgen der bekannten Faktoren sind überdurchschnittliche psychische und physische Belastungen. Daher wird die Vorsorge für alle zur Erhaltung der Gesundheit zum nachvollziehbaren Ausdruck von Fürsorge.

Die Altersstruktur und die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols setzen Ursachen. Vom Personal wird zu Recht die

Abhilfe ist jedoch immer noch nicht in Sicht. Allein in diesem Aspekt findet sich keine Antwort auf die Frage des Umganges miteinander.

Nicht der Arzt ist das Problem ...

Im Lebensalltag der Menschen ist bei Krankheit auch nicht der Arzt das Problem – er stellt nur die Diagnose. Gesundheit ist mehr als die bloße Abwesenheit von „Krankheit“. Sie wird im Wesentlichen nicht durch Mess- oder Normalwerte bestimmt. Sie ist nicht absolut und nicht statisch. Körperliches und seelisches Befinden





Jörg Radek ist Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP Foto: GdP

unterliegen einer untrennbaren Wechselwirkung.

In diesem Wirkungsgefüge nehmen die Arbeitsbedingungen einen herausragenden Platz ein. Deren sorgsame und zweckmäßige Gestaltung vermeidet Gefährdungen oder begrenzt sie auf ein unvermeidliches Maß, ermöglicht eine menschengerechte, gesundheits- und leistungsförderliche Behördenkultur und ein gutes Behördenklima, in dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich mit ihrem Arbeitsplatz identifizieren und hochwertige Arbeitsleistungen erbringen. Zu solch einem Arbeitsumfeld gehört auch und besonders der respektvolle Umgang miteinander. Um diesen beruflichen Anforderungen gerecht werden zu können, braucht es Achtsamkeit, die Gewissheit der aufmerksamen Fürsorge und besonderer Ernsthaftigkeit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit des dienstlichen Umfeldes.

Der Chef macht krank ...

Doch wie verhält es sich in jenen Fällen, in denen die Umstände, der Umgang oder die Umgebung krank machen? Wenn das Verhalten des Chefs krank macht, hilft auch kein Dienstsport. Hingegen kann Rückendeckung die bessere Rückenschule sein!

Die alternde Belegschaft hat eine veränderte Erwartungshaltung an Führung. Die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und zu fördern, ist dabei nur ein Aspekt. Ein Ge-

sundheitsmanagement, das diesen Namen verdient, ist mehr, als nur eine Analyse von Fehlzeiten. Die Definition der WHO von Gesundheit deckt hier einen Irrtum auf:

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

Es kann also sein, dass durch Unachtsamkeit auf die Befindlichkeiten des Personals oder Ignoranz gegenüber den Befunden Personal verschlissen wird. Verantwortlichkeit lässt sich zunächst beim Parlament festmachen. Der richtige Adressat ist dann die Mehrheit, die pauschal über die Verlängerung von Lebensarbeitszeit entschieden hat, ohne die Folgen abzuschätzen. Oder die Bundesregierung, die die Wochenarbeitszeit erhöhte.

Zu dieser Kulturfrage gehört ebenso der Zerrblick auf die Krankheitszeiten. Dieser Gedankenkette folgt dann auch der Irrtum, dass Gesundheit eine Privatsache sei. Hohe

Abbau der Belastungsindikatoren

Fremdbestimmte Belastungen wie Gewalt gegenüber Polizeibeamten gehören sicherlich zum Berufsbild. Hier müssen Ausgleichmaßnahmen in der Nachbereitung und Aufarbeitung von Einsätzen erfolgen. Doch die Beschäftigten in der Polizei empfinden auch in der allgemeinen Arbeitsorganisation Tätigkeiten, die nur schwer mit dem Organisationsziel der Polizei vereinbar sind, als belastend. Die hohe Regelungsdichte aus Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Verfügungen und Rechtsprechung hat als Nebenwirkung nicht zwingend nur Rechtssicherheit zur Folge – vielmehr zwingt diese Struktur den Menschen nicht nachzuvollziehende Verhaltensnormen auf. Da sich die Mitarbeiter in der Polizei überaus stark über ihren Beruf definieren, darf es nicht verwundern, dass insgesamt der Anstieg an bürokratischen Tätigkeiten – bei gleichzei-



Hohe Arbeitsverdichtung: Ein Frische-Korb löst noch nicht das Problem.

Foto: Chromorange/dpa

Fehlzeitenquoten dürfte beim alternden Personalkörper wenig überraschen. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt jedoch nicht ausschließlich im individuellen Fehlverhalten, wie die Angabe von Fehlzeiten seit Jahren unterstellt. Auch Stellenkürzungen und Personalabbau dürften hierfür ursächlich sein. Sie belasten den „Bestand“ mehr als gesundheitsverträglich ist

tig reduziertem Personal und gestiegener Arbeitsbelastung – beklagt wird. Eine ausgeprägte „Modernisierungsbürokratie“ hat den Platz der althergebrachten eingenommen. Besser wurde dadurch nichts. Eine Ordnung muss aber so verfasst sein, dass die Menschen sich in ihr wohlfühlen. Die wissenschaftlichen Untersuchungen belegen für die gegenwärtige Praxis jedoch



GESUNDHEITSMANAGEMENT

genau das Gegenteil: Unsere Organisation macht krank und „bindet“ ihre Mitarbeiter nicht. Die Arbeitsverdichtung hat krankheitsbedingte Folgen.

Soweit zur Betroffenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn es nicht eine Phrase ist, dass diese die wertvollste Ressource darstellen und der Mensch im Mittelpunkt steht, muss hier unabdingbar angesetzt werden. Dafür braucht es einen Perspektivwechsel. Controlling kann mit seinen Kennzahlen die Führung nur unterstützen – mehr nicht. Die wahren Aufgaben werden von Menschen erfüllt. Setzen wir die Energien ein, die bislang im Controlling gebunden sind, bekäme Gesundheit den Vorrang vor Zahlen.

Dreh- und Angelpunkt des Gesund-



Foto: Andrea Warnicke/dpa

heitsmanagement-Konzeptes der Polizei sind die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die gesundheitsgerecht gestaltet werden müssen, soll Gesundheit langfristig erhalten werden. Dafür müssen permanent hohe Belastungen abgebaut und Ressourcen gefördert werden.

Papier ist geduldig

Unter dem Eindruck, aber auch als Folge des demografische Wandels auf die Personalgewinnung bei der Polizei, findet sich in der Fortschreibung des „Programmes für Innere Sicherheit 2008/2009“ die Selbstverpflichtung, der alternden Polizei durch eine Neuausrichtung der Gesundheitsfürsorge Rechnung zu tragen – auch als ein Argument in der Nachwuchsgewinnung. Es fehlt nicht an Programmatik, Gesundheitsförderungsberichten oder Vereinbarungen. Sie allein schützen oder heilen allerdings nicht.

Es mangelt am Willen

Mit Blick in die Polizeilandschaft Deutschlands gibt es Licht und Schatten hinsichtlich eines ganzheitlichen und nachhaltigen Gesundheitsmanagements. Die Basis wurde mit Abschlüssen oder Entwürfen von Dienstvereinbarungen, eigenständigen Projekten zum Gesund-

heitsmanagement oder Bestandteil von Personalentwicklungskonzepten fast flächendeckend geschaffen. Die Umsetzung auf Behördenebene wurde mehr oder weniger forciert. Um die unterschiedlichen Aktivitäten einordnen zu können, sind beispielsweise die Kriterien des „Deutschen Unternehmerpreises Gesundheit“ hilfreich. Sie reichen von „Keine oder nur anekdotischer Nachweis der Umsetzung“ mit Null-Punkten bis zu „Umfassende Nachweise für integrierte und systematische Umsetzung mit Bewertung und Überprüfung“. Letzteres erhält die höchste Punktzahl und ist damit auch Sinnbild einer „lernenden Organisation“.

Der Handlungsbedarf ist groß und vielfältig: Von Arbeitsdichte und -prozessen, über Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, über Arbeitsplatzgestaltung und -ausstattung, Vorsorge im Schichtdienst, Ernährung, Sucht- und Sozialberatung bis hin zur sportlichen Betätigung. Der Sport innerhalb der Polizei nimmt dabei immer noch eine Sonderrolle ein. Im Sinne eines Gesundheitsmanagement wird Sport nicht nur als Leistungssport, sondern auch als Präventionsangebot nötig.

Ein Apfel pro Tag ...?

In einer Debatte um das gesunde Führen stellt sich irgendwann die Kostenfrage – ob bei der Aufstellung von Haushaltsplänen für den Einzelplan der Polizei oder bei der Mitbestimmung um ein behördliches Gesundheitsmanagement. Es zeigt sich, dass es „mit einem Apfel pro Tag“ nicht getan ist, um gesund zu bleiben und nicht zum Arzt gehen zu müssen. Vorsorgekuren gibt es nicht zum Nulltarif.

Ziel muss sein, einen Teil der Kosten nicht nur als Einsparpotenzial, sondern auch als Investition in gesunde und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen. Hier greift dann eine Wirkungskette, denn bei weniger Krankheit wird auch die Arbeitsdichte der Gesunden geringer und damit wiederum deren Krankheitsrisiko gesenkt. Gleichzeitig tragen geringere Ausfallzeiten dazu bei, immer am Ball zu bleiben und Wiedereinarbeitungszeiten zu reduzieren. Das alles wirkt sich positiv auf die empfundene Arbeitsbelastung und damit auf die Arbeitseffizienz aus. Dies wird allerdings nur durch Strukturen erreicht, die zunächst auch Geld kosten können.

Oberste Priorität: Gesundheit

Auch im Sinne der Aufgabenerledigung als Polizei muss die Gesundheit



HEROES WEAR® HAIIX



BLACK EAGLE® TACTICAL 20 LOW

Der sportliche Allrounder mit innovativer Lauschuhtechnologie

- > Leicht, dynamisch & multifunktional
- > Extrem Rutschfest
- > Hoch atmungsaktiv
- > Dauerhaft wasserdicht
- > Auch erhältlich als Mikrofaser/Textil Schuh – BLACK EAGLE® Athletic 10 Serie

Qualitätsschuhe für Feuerwehr, Rettungsdienst, Security, Jagd, Workwear und Freizeit

HAIX®-Schuhe
Produktions- und Vertriebs GmbH
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg,
T. +49 (0) 87 51/86 25-0,
info@haix.de

www.haix.com

der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen intern die oberste Priorität erhalten. Bei der Diskussion um die demografischen Folgen für die Polizei fehlt die Sicht auf die Mitarbeiter. Voraussetzung dafür ist ein Konsens über die Belastungen. Damit beginnt die Fürsorge. Arbeit darf Gesundheit und Lebensqualität nicht beeinträchtigen. Die Erlebnisse und Probleme des dienstlichen Alltages bleiben in den Knochen stecken. Zeitgemäßes Arbeiten macht eine Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf erforderlich. Berufliche Belastungen und familiäre Alltagsorgen, beispielsweise die Fürsorge für ein pflegebedürftiges Elternteil, beeinflussen unser Leben und unsere Leistungen ganz entscheidend.

Wir suchen das, was gesund macht und stärken es

Nur gesunde Mitarbeiter können den gesetzlichen Auftrag gewährleisten. Diese Mitarbeiter brauchen einen Schutzschirm, der sich jedoch nur entfalten kann, wenn nicht kurzfristig auf die Fehlzeiten und ihr Reduzierung geschickt wird. Eine Strategie muss ganzheitlich sein, also über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus gehen. Wichtig ist die Entstehung und den Erhalt von Gesundheit zu fördern und nachhaltig weiterzuentwickeln. Die Formel dafür kann sein: Das Wohlbefinden fördern und die Widerstandskraft stärken. Das heißt u. a.: Neben der Betrachtung individueller Verhaltensweisen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Führungskultur, Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf anbieten. Management ist dabei nicht nur die Gesundheitsförderung, sondern auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Arbeit (gute Arbeitsbedingungen und Lebensqualität am Arbeitsplatz) und die Förderung von Verhaltens- und Verhältnisprävention.

Wichtig ist, dass die Maßnahmen

- systematisch und zielgerichtet eingesetzt und alle Mitarbeiter glaubhaft mitgenommen werden
- Gesundheit nicht als Sonderthema aufgefasst wird.
- Die zutreffenden Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Mitarbeiter überprüft werden.

Auch wenn Gesundheit die oberste Priorität hat. So ist es, wie mit einem Schirm.

Das Wissen um seine Schutzwirkung bei richtiger Handhabung ist noch keine Sicherheit, nicht doch im Regen zu stehen. Der Schirm muss auch beschafft, vorhanden sein und aufgespannt werden.

Jörg Radek

„Abgeknallt“ beeindruckt Studierende

Hebt der Düsseldorfer Schriftsteller Peter Jamin seine sonore Stimme zur Lesung an, wird es sofort mucksmäuschenstill im Raum. Die Zuhörer sind schnell gefangen von der zurückgenommenen und schnörkellosen Art der Präsentation seines Buchs „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“. Was sie dann erfahren, lässt aufhorchen und viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer betroffen zurück: in Gedanken an die so intensiv geschilderte albraumhafte Situation, in Erinnerung an das, was sie bereits an eigenen Gewalt-Erlebnissen verkraften mussten und in der Unsicherheit über das, was sie in ihrem Dienst vielleicht noch erwartet. Nach Veranstaltungen in Düsseldorf, Bremen und Berlin las der 62-jährige Journalist Peter Jamin Mitte August an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) in Altenholz, nahe der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel.



Rund 170 interessierte Studierende fanden sich zur „Abgeknallt“-Lesung im Rahmen des traditionellen „Informations- und Begegnungsforums“ des Fachbereichs Polizei der FHVD ein. Torsten Jäger, GdP-Vorsitzender der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte, ließ es sich vor Jamins Vortrag nicht nehmen, Autor und Werk den Studentinnen und Studenten mit einleitenden Worten vorzustellen. Dabei enthielt er ihnen ein persönliches Statement nicht vor. „Nach der Lektüre des Buches fällt es mir schon schwer, meiner Tochter, die sich intensiv auf die Bewerbung für die Polizei vorbereitet, noch zuzuraten und sie loszulassen. Die in ‚Abgeknallt‘ so eindringlich beschriebenen Schwierigkeiten und eben auch Gefahren des eigenen Berufes, lassen einen nachdenklich werden.“ Für den 48-jährigen Polizeihauptkommissar stellt sich die Frage,

(v. l. n. r.) Hartmut Brenneisen, Dekan des Fachbereichs Polizei an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz, Autor Peter Jamin und Torsten Jäger, GdP-Vorsitzender der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte, in intensivem Austausch nach der Lesung von „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizei“ Foto: GdP/Hans Korth

ob er seinen Weg noch einmal beschreiten würde, indes nicht: „Den Polizeiberuf würde ich immer wieder wählen.“

Die sichtlich beeindruckten Studierenden zogen Jamin nach Ende der Lesung sehr schnell in eine intensive Gesprächsrunde. So beantwortete der Autor beispielsweise Fragen zur thematischen Entstehung seines Buches und der Motivation, die dahinter gestanden habe. Später war Jamin noch an anderer Stelle gefordert, als er am Stand des Verlages Deutsche Polizeiliteratur (VDP) Bitten um eine persönliche Si-



LESUNG

gnatur seines Buches gerne nachkam. Der Dekan des FHVD-Fachbereichs Polizei, Hartmut Brenneisen, setzte den Kontrapunkt zur Lesung. Es sei wichtig, sagte er, sich mit der Gewalt im Polizeialltag auseinanderzusetzen. Der von Jamin geschilderte Fall dürfe jedoch nicht verallgemeinert und auf den polizeilichen Alltag unhinterfragt übertragen werden. Das müsse intensiv nachbereitet werden. Der Organisator des Altenholzer Informations- und Begegnungsforums, Kriminaldirektor Jens-Peter Geuther, versprach unterdessen, Jamins Ausführungen mit in den Unterricht zu nehmen.

Erstsemester wurden übrigens von der Veranstaltung ferngehalten, zu groß war offenbar die Sorge der Schulleitung, Jamins Texte würden womöglich eine zu hohe Abschreckung erzielen, und der eine oder die andere könnte sich noch den Traumberuf abseits der Polizei suchen.

Seinen nächsten Termin für eine Lesung

Signaturen des Autors waren nach Peter Jamins Lesung stark gefragt.

Foto: GdP/Hans Korth



konnte Peter Jamin in den Tagen vor dem Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe in seinen Kalender eintragen. Mitte Novem-

ber wird er auf Einladung der GdP Niedersachsen in Hannover zu erleben sein.

Michael Zielasko

Anzeige

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Dienstanwärter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Optimale Sicherheit speziell für Vollzugsbeamte. Von Anfang an.

- ✓ Passgenaue Krankenversicherung zu Beihilfe und Heilfürsorge
- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.500 Euro
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



In Afghanistan eigenes Bild gemacht

Kolleginnen und Kollegen, die in Afghanistan eingesetzt waren oder noch sind, haben uns zwar immer wieder über ihren Dienst in Afghanistan berichtet und die GdP hat sich für eine maximale Absicherung ihrer Einsätze über die Jahre aktiv und vehement eingebracht, aber es ist schon etwas anderes, sich ein eigenes Bild von der Arbeit unter extremen Bedingungen zu machen.

Eines vorab: Die Reise war nicht nur bestens organisiert, die Kolleginnen und Kollegen haben einen tiefen Eindruck ob ihres Engagements und ihrer Begeisterung für ihre Arbeit hinterlassen.

Doch bevor wir den Fuß auf afghanischen Boden setzten und uns mit den dortigen Verhältnissen beschäftigen konnten, mussten wir 14 Stunden Anreise

Einen besseren Überblick über die Situation der Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Mission in Afghanistan befinden, zu erhalten, war das Ziel einer Besucherreise des Bundesinnenministeriums (BMI) Ende Mai. Für die GdP nahm der Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut teil. Unter Leitung von Ministerialrat Reiner Kann, BMI (B 4) und PHK Jan Wiesner, BMI (B4) haben sich die Teilnehmer ein umfassendes Bild von den Aufgaben, Arbeitsfeldern, der Gefährdungslage, von der Unterbringung in den Standorten und der medizinischen Versorgung machen können. Besonderes Interesse galt der Frage: Wie geht es nach dem offiziellen Abzug der Bundeswehr 2014 in Afghanistan weiter?

Ein Bericht von Bernhard Witthaut

und eine Besoldungsreform auf den Weg zu bringen.

Im Jahre 2007 erfolgt die Koordinierung über EUPOL (European Union Police Mission) in Afghanistan. Das bilaterale Projekt GPPT (German Police Projekt Team) übernimmt seither das Mentoring in der Aus- und Fortbildung im Bereich der Führungskräfte, des Stabes und der Verwaltung. Der Leiter des GPPT-Projektes, LPD Wilhelm Schulz, und sein Team koordinieren aus Kabul heraus. Vier Standorte in den Nordprovinzen des Landes gibt es noch. Derzeit sind rund 180 Mitarbeiter und 20 Mitarbeiterinnen aus Bund und Ländern im Projekt eingesetzt, das sich ständig entsprechend den aktuellen Erfordernissen entwickelt. So wird z. B. die Fortbildung von Hundeführern für Sprengstoff und Rauschgift, der Aufbau eines effektiven Diensthundewesens am Flughafen Mazar-e Sharif und das Mentoring die Polizeiberater in nächster Zeit fordern.

Die strategischen Ziele für 2012 dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten: Aus- und Fortbildung von ca. 10.000 afghanischen Polizisten, die Ausbildung von 750 afghanischen Trainern, die Begleitung und Unterstützung der Umsetzung der Pläne zur Bildung eines RPTC North (Regional Police Training Center North) und die Sicherstellung der Voraussetzungen der Übergabefähigkeit des GPPT (German Police Project Team). Damit wird sich die Ausbildungslandschaft in Afghanistan verändern: Regionale Trainingszentren (Nord, Süd, West und Ost) werden dann die Ausbildung übernehmen.

Inzwischen hat auch die ANPA (Afghan National Police Akademie) ihre Arbeit aufgenommen. Auch hier ist in das GPPT-Team als „Lead-Nation“ anerkannt. Mit einer Gesamtkapazität von ca. 2.200 Lehrgangspätzen ist die ANPA die einzige Ausbildungseinrichtung für Führungskräfte der mittleren und höheren Führungsebene der Polizei. Darüber hinaus werden hier Mentoring-Konzepte entwickelt und die Departmentleiter hinsichtlich Führung, Organisation und Fachexpertise beraten. Der Besuch in der Akademie ermöglichte den Einblick in die theoretische und praktische Ausbildung der afghanischen Polizeianwärter und mittlerweile auch -anwärterinnen. Ein enormer Fortschritt, vor dem Hintergrund der traditionellen Rolle von Frauen in Afghanistan.



Militärischer Schutz: Die Bundeswehr sorgt für Sicherheit – noch.

hinter uns bringen. Die Zeit wurde von unseren „Reiseleitern“ genutzt, uns über das deutsche Engagement in Afghanistan im Allgemeinen und den Polizeiaufbau im Besonderen zu informieren.

Historie und Organisation

Im Jahre 2002 übernahm Deutschland den Aufbau der afghanischen Polizei, nachdem das Talibanregime in Jahr 2001 gestürzt worden war. Von ausgebildeten

afghanischen staatlichen Sicherheitskräften konnte zum damaligen Zeitpunkt keine Rede sein – und schon gar nicht von Strukturen in diesem Bereich.

Zur Geschichte gehört, dass bereits 2002 Deutschland auf Bitten der Vereinten Nationen die Führungsverantwortung beim Aufbau der afghanischen Polizei übertragen wurde. Zu Beginn war es besonders wichtig, bei der Erstellung eines Polizeigesetzes zu helfen, Lehrpläne für die polizeiliche Ausbildung zu entwickeln



AUSLANDSEINSÄTZE

Sicherheit

In vielen Gesprächen – sowohl in Kabul, als auch in Mazar-e Sharif – spielte die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen in ihrer Mission eine besondere Rolle. Sie erklärten uns immer wieder, dass ihre Einführung vor Ort sehr detailliert und umfassend war. Sicherheitsvorschriften werden strikt eingehalten. Und dies nicht erst nach dem Anschlag auf den Compound in Kabul, als mehrere Täter eine Autobombe unmittelbar vor einem Eingang des Lagers gezündet und versucht haben, in das Lager in Kabul einzudringen. Erst nach einer mehrstündigen Schießerei zwischen den Angreifern und den Sicherheitskräften konnte die Lage bereinigt werden. Jetzt stehen die Polizistinnen und Polizisten noch unter dem Schutz der Streitkräfte. Was aber wird, wenn sie voraussichtlich Ende 2014 abgezogen werden? Es wird dringend erforderlich, für diese Situation klare Regelungen zu finden. Die polizeiliche Aufbauarbeit und der Schutz all dessen,



Auszeichnung mit der „AFG-Spange“ durch den Leiter des GPPT-Projektes, LPD Wilhelm Schulz. Rechts im Bild Ministerialrat Reiner Kann, BMI.

Fotos: Witthaut/GPPT

was in den letzten Jahren in Afghanistan geschaffen wurde, wird sicher auch danach erforderlich sein.

Zahlreichen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan konnte ich entnehmen, dass sie die Gefährdungslage jetzt noch relativ gelassen betrachten – auch, weil die deutschen Polizistinnen und Polizisten von der Bevölkerung anerkannt und gemocht werden. Ganz sicher kann sich in Afghanistan jedoch niemand fühlen. Am Rande eines Gesprächs mit dem stellvertretenden Botschafter in Afghanistan, Dr. Thomas Zahneisen, ließen die Kollegen, die für die Bewachung und den Schutz der deutschen Botschaft zuständig sind, nicht nur einen Einblick in ihren Tagesablauf zu, der gänzlich anders als der eines Kollegen im GPPT, aber aus meiner Sicht nicht minder gefährlich ist. So war die Deutsche Botschaft in Kabul jüngst Ziel eines Anschlages, bei dem nur durch einen glücklichen Umstand niemand verletzt wurde.

Beratung bis zum Gendergedanken

Auch die EUPOL in Afghanistan enthält eine polizeiliche Komponente. Verantwortlich ist zurzeit PD Uwe Heller. Hier besteht die Hauptaufgabe in der

5.11

für DP-LESER
gültig bis 30.10.2012

**OHNE
VERSANDKOSTEN**

CODE: **VDP1012**

**HOTLINE:
07251-96510**

5.11 A.T.A.C.® STIEFEL € 99,95

Best.-Nr. 12002



- Vollnarbenleder und Shock Mitigation System
- Antibakterielles und feuchtigkeitsableitendes Futter
- 6" Knöchelhöhe
- Öl-/rutschfeste, leise Laufsohle

Erhältlich in Gr.:
4,5,6-12,13,14,15

5.11 TACTICAL DRT™ MESSER

€ 29,95



Best.-Nr. 51057

„Big Little Knife“, verriegelbares Liner-Klappmesser mit Spear Point. Design: Mike Vellekamp | Klingenlänge: 7,24 cm | Griff: Spritzguss | FRN-Moosgrün, mit Schlitzen für bessere Griffigkeit und Übergang zu schwarz oxidiert Klinge | Klingenstahl: AUS8 mit schwarzer Oxid-Beschichtung | Clip mit schwarzer Teflonbeschichtung. geeignet zum Tragen links und rechts.

5.11 TAC-AK2 € 49,95 Best.-Nr. 59341

Komfortabler Schutz | Konstruktion aus Kevlar und Ziegenleder. Patentierte TacticalTouch Fingerspitzen für Geschmeidigkeit, Passform und Komfort. Handgelenksabschluss aus Neopren und Velcro.

Erhältlich in Gr.: S – 2XL

90% Handfläche (Zwickel): Leder 30% Rückseite: Kevlar / (100% Kevlar) 8% Bündchen: Neopren (40% Nylon / 60% Neopren) 2% Elasthan (95% Polyester / 5% Elasthan)



ENFORCER
511.ENFORCER.DE

Ubstadter Straße 36
78698 Ubstadt-Weiher
Telefon: 07251 / 96513
Telefax: 07251 / 965114

Filiale Berlin:
Rankestr. 14
D-10789 Berlin
Tel. 030/88682786

Ladenöffnungszeiten:
Mo - Fr 09:00 - 18:00
Sa 09:30 - 14:00
E-Mail: info@enforcer.de

AUSLANDSEINSÄTZE



Eine deutsche Kollegin bei der Ausbildung afghanischer Lehrer, die später Anwärter ihres Landes unterrichten werden.

Abschied und Ausblick

Sehr beeindruckend waren die jeweiligen Verabschiedungen der Kolleginnen und Kollegen, deren Mission zu Ende ging. Ministerialrat Kann überreichte im Namen der Bundesregierung die „AFG-Spange“ (Afghanistan-Spange) als äußeres Zeichen für ihr besonderes Engagement.

Den Kolleginnen und Kollegen tat diese Anerkennung sichtbar gut, denn sie berichteten auch darüber, dass in den Heimatdienststellen ihr Einsatz nicht immer positiv begleitet werde. Ich finde es schade, dass diese Einstellung immer noch in einigen Köpfen vorherrscht, denn auch die deutsche Polizei kann und wird von den Erfahrungen der zurückkehrenden Kolleginnen und Kollegen profitieren. Denn Auslandseinsätze wird es immer wieder geben. Sie werden zunehmen und uns weiter



Der Gedenkstein in Mazar-e Sharif erinnert an die in Afghanistan ums Leben gekommenen Soldaten und Polizisten

Beratung, Unterstützung und im Training afghanischer Polizisten und in der Hilfe bei der Entwicklung und Umsetzung strategischer Ziele für und in der afghanischen Polizei. Ebenso gehört die Kooperation und Koordination zwischen Polizei und Justiz und eine beratende Funktion für das afghanische Innenministerium und der Polizei hinsichtlich der Berücksichtigung der Menschenrechte und sogar des Gendergedankens dazu.



Ein Schlafraum in Kundus für kurzzeitig eingesetzte Kollegen.

Auf unserer dreitägigen Reise wurde uns eine ganze Reihe von Gesprächspartnern zur Verfügung gestellt, die uns umfassend und anschaulich ihre jeweiligen Bereiche schilderten. So konnten wir uns z. B. beim Rundgang durch das moderne Bundeswehrkrankenhaus in Mazar-e Sharif davon überzeugen, dass hier auch die Polizeikolleginnen und -kollegen im Bedarfsfall zuverlässig versorgt und betreut werden.

beschäftigen. Ein entsprechendes Budget müsste der Bundeshaushalt für diese Einsätze regelmäßig vorsehen und ein finanzierter länderübergreifender Stellenpool eingerichtet werden. Das würde weniger Belastung für die Länder bedeuten, da es sich letztlich um eine Bundesaufgabe handelt. Es würde dann auch bedeuten, dass sich neben der Bundespolizei auch alle Bundesländer an den Missionen beteiligen. Die Gewerkschaft der Polizei wird sich auch dafür einsetzen. Ein erstes Gespräch mit Bundesinnenminister Friedrich gab es bereits kurz nach der Reise.



UN-Peacekeeping-Mission

Am Rande eines privaten Aufenthaltes Ende Juni 2012 des niedersächsischen GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff gemeinsam mit seinem Bruder Martin Schilff, Vorsitzender des Personalrates des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam und Mitglied des Vorstandes des GdP-Bezirks Bundespolizei, in New York, trafen beide den Polizeiberater der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Ltd. Polizeidirektor Karl-Heinz Weidner.



Blick von der deutschen Botschaft auf das UN-Gebäude am East River

Die Gespräche wurden durch eine Besichtigung der Räumlichkeiten der UN- Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrats mit Oberstabsbootsmann Lawrence Vincent Walker, Büroleiter des Militärberaters bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, abgerundet.

Aufgrund der Entwicklungen in Syrien, Afghanistan und auch Saudi-Arabien, war der Besuch hochinteressant:

Am 27.6.2012 hatte der Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut gemeinsam mit dem Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring, den sofortigen Abzug deutscher Bundespolizisten aus Saudi-Arabien gefordert. Die Aufgabenbeschreibung sei unklar, die Gemengelage politischer und wirtschaftlicher Interessen undurchsichtig. Die deutsche Polizei erfülle, so Witthaut, in ihren Auslandsmissionen die Aufgabe, zivile und rechtsstaatliche Polizeien aufzubauen und auszubilden. Dies tue sie seit vielen Jahren und an vielen Orten engagiert

und mit hoher Professionalität. Dafür genieße sie zu Recht hohe internationale Anerkennung. Wenn aber der begründete Verdacht bestehe, dass unter dem Siegel polizeilicher Ausbildung vor allem wirtschaftliche und politische Interessen im Vordergrund stehen, müsse ein Riegel vorgeschoben werden, so der Bundesvorsitzende. Bundesinnenminister Friedrich müsse alsbald die Projektbeteiligten des Auslandseinsatzes und den Aufgabenkatalog der in Saudi-Arabien eingesetzten Bundespolizisten umfassend und transparent darstellen, war der Pressemeldung zu entnehmen.

Und der GdP-Bundesvorsitzende bekräftigte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei, ihre Forderung nach einer zentralen Koordinierung polizeilicher Auslandseinsätze durch ein „Nationales Polizeiliches Führungs- und Einsatzzentrum“, einer klaren Definition von Missionszielen, der Festlegung von Exit-Strategien und einer stärkeren Beteiligung der Parlamente durch ein Entsendegesetz. >



BRUNOX®
Waffenpflege ist
 - Laufreinigung,
 - Korrosionsschutz
 - und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
 BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
 Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
 Inzahlungnahme möglich. % % %
 Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com



NaturaMed®
 Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig **0 75 24 . 990 - 222**
 88339 Bad Waldsee naturamed.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER
 Das Präventionsportal
 VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
 Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



www.PolizeiDeinPartner.de

AUSLANDSEINSÄTZE

Über Fragen des polizeilichen Peacekeeping (Friedenssicherung) der Vereinten Nationen konnten Dietmar und Martin Schilff bei ihrem Gespräch mit Karl-Heinz Weidner Erkenntnisse und Erfahrungen aus der New Yorker Perspektive gewinnen. Weidner ist seit November 2008 als Polizeiberater eingesetzt. Er berät den Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dr. Pe-

Polizei im Einsatz. Das verdeutlicht die Bedeutung der Polizei für Friedensmissionen. Die Aufgaben der UN-Polizei haben sich ständig weiterentwickelt. Bis 1989 ging es um reine Beobachtertätigkeiten, mit UNTAG (Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit) in Namibia (1989/1990, 1.500 UN-Polizisten) kam auch die Unterstützung der Wahlen hinzu. In einigen

im Einzeldienst unbewaffnet. Mittlerweile sind aber auch nahezu die Hälfte der UN-Polizisten in sogenannten Formed Police Units (vergleichbar mit Bereitschaftspolizei) eingesetzt, die in etwa der Stärke einer Hundertschaft entsprechen. Diese Units, die geschlossen von UN-Mitgliedsstaaten gestellt werden, sind bewaffnet. Deutschland entsendet allerdings keine Formed Police Unit.



Hier tagt die Vollversammlung

ter Wittig, in Angelegenheiten des polizeilichen Peacekeeping. Neben Deutschland haben von den 193 Mitgliedsstaaten der UN nur 13 ebenfalls Polizeiberater bei ihren Ständigen Vertretungen eingesetzt, die sich um alle Angelegenheiten der Weiterentwicklung der UN Polizei und ihrer Aufgabenerfüllung in den Friedensmissionen kümmern und beispielsweise an der jährlichen Sitzung des Sonderausschusses für Friedensmissionen (sog. „C 34“) teilnehmen. Bei den meisten der ca. 100 Staaten, die UN-Friedensmissionen aktiv durch die Entsendung von Soldaten und Polizisten unterstützen, werde diese Aufgabe „traditionell“ noch von den Militärberatern wahrgenommen.

Karl-Heinz Weidner lebt mit seiner Familie in einem kleinen Vorort von New York City. Er war bis Oktober 2008 Ständiger Vertreter der Bundespolizeidirektion Koblenz und blickt auf eine umfangreiche internationale Erfahrung mit Verwendungen im Bundesministerium des Innern und als grenzpolizeilicher Verbindungsbeamter in Italien zurück. Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen ist über die Jahre deutlich gestiegen. Waren es im Jahr 2000 noch um die 4.600, befinden sich heute ca. 14.500 Polizisten/-innen für die UN-

wenigen Fällen wurde die UN-Polizei auch vom Sicherheitsrat beauftragt, polizeiliche Strafverfolgungsaufgaben mit Exekutivbefugnissen vorübergehend zu übernehmen (z. B. im Kosovo und dem südostasiatische Inselstaat Demokratische Republik Timor-Leste, besser bekannt als Osttimor). Seit etwa zehn Jahren tritt immer mehr der Auf- und Wiederaufbau von nationalen Polizeiorganisationen in den Missionsgebieten in den Vordergrund. Denn unterdessen ist die große Bedeutung der Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen für die Wiederherstellung funktionierender Sicherheitsstrukturen leisten, anerkannt. Sie gilt als Voraussetzung für die Gewährleistung demokratischer Strukturen und den wirtschaftlichen Aufbau.

Gerade auch diese Aufgabe, Kapazitäten zu bilden („Capacity Building“¹), hat die Anforderungen an polizeiliche Peacekeeper deutlich weiterentwickelt. Heutzutage sind mehr denn je auch Spezialisten, die beispielsweise den Aufbau von Trainingseinrichtungen und Schulungsstätten, aber auch die Einrichtungen von Urkundenuntersuchungsstellen und den Aufbau von OK-Dienststellen unterstützen können, gefragt.

In der Regel sind die UN-Polizeikräfte

Polizeiberater Weidner machte seine Haltung zum zivil-polizeilichen Ansatz in Peacekeeping-Operationen unmissverständlich deutlich. Auch Formed Police Units seien zivil ausgerichtet. Sie werden in erster Linie im geschlossenen Einsatz zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung – zur Unterstützung für die nationalen Polizeien – wie auch zum Schutz von Personal und Einrichtungen der Vereinten Nationen eingesetzt. Für Gefahrenlagen militärischer Natur sind diese Kräfte jedoch weder ausgestattet, noch trainiert. Sie können nur bei entsprechender Sicherheitslage eingesetzt werden. „In einer Minute Polizei zu sein und in einer anderen Militär, ist kaum möglich. Und wie sollte die Bevölkerung, die das Vertrauen in einen funktionierenden Staat und seine Polizei gewinnen soll, so ein Wechselspiel verstehen? Für mich steht

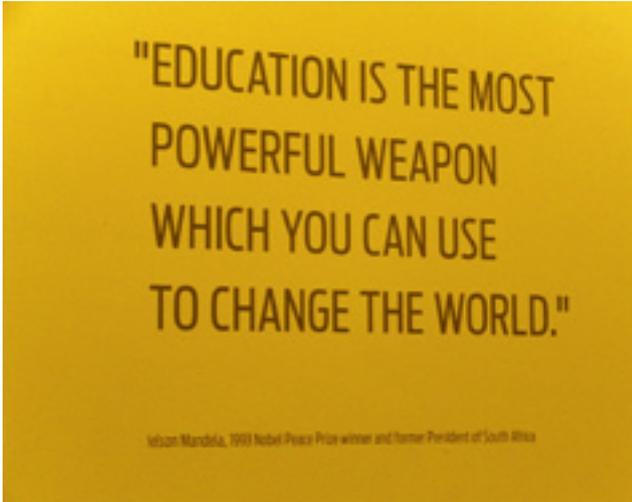


(v. l.) Dietmar Schilff, Lt. PD Weidner, Martin Schilff vor der UN Fotos: Schilff

außer Frage: militärische Lagen können nur durch entsprechend ausgestattetes Militär bewältigt werden.“

Alle deutschen Kräfte, die von der Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen für einen Einsatz bei den Vereinten Nationen vorgesehen werden, gehen





über Weidners Tisch. Er klärt Fragen zu ihrer Verwendung mit dem UN-Sekretariat und arbeitet dazu insbesondere eng mit der UN Police Division und der Geschäftsstelle der AG Internationale Polizeimissionen zusammen. Ihm liegt natürlich die Sicherheit der eingesetzten Kräfte sehr am Herzen, wichtig seien eine gute Ausstattung und die gründliche Vorbereitung mit Aus- und Fortbildung unserer Kollegen. Er kümmert sich auch anlassbezogen um sonstige Fragen, die mit diesen Einsätzen zusammenhängen, bis hin zur Abklärung von finanziellen Ansprüchen, die unseren Polizistinnen und Polizisten entstanden sind.

Das Capacity building ist derzeit ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit. Geplant sei zu diesem Thema erstmalig eine Internationale Polizeikonferenz der Vereinten Nationen in Berlin am 10. und 11. Oktober 2012 in Kooperation zwischen UN Police Division, Auswärtigem Amt

und Bundesministerium des Innern mit der Geschäftsstelle der AG Internationale Polizeimissionen.

Der „First Counselor and Police Advisor“ (Polizeiberater) beschäftigt sich darüber hinaus mit richtungsweisenden Projekten, die seitens der UN initiiert werden und von Deutschland z.T. durch finanzielle Beiträge erst ermöglicht oder durch Personal unterstützt werden. Das im ver-

gangenen Jahr entwickelte Training für die UN-Polizei zur Bekämpfung und Verhinderung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sei ein herausragendes Beispiel dafür, für das das Auswärtige Amt die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt habe. Nach dem Plan, der auch in einem Pilot-Kurs der Vereinten Nationen an der Akademie der Polizei Baden-Württembergs in Wertheim erprobt wurde, sind in der Zwischenzeit schon Trainer aus 25 Ländern ausgebildet worden. Nun geht es darum, die Kenntnisse auch zügig an die Polizeikomponenten der UN-Missionen und interessierte nationale Polizeien weiterzugeben. Das Auswärtige Amt will dazu die Durchführung von Kursen in Afrika unterstützen.

Im Anschluss an die inhaltlichen Diskussion hatte Karl-Heinz Weidner mit kollegialer Unterstützung von Lawrence Walker einen Einblick in die Tiefen der Vereinten Nationen organisiert. So war es den beiden New-York-Touristen Schilff

möglich, neben dem Plenarsaal der Vollversammlung auch auf dem Stuhl der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat zu sitzen. Auf eine Nachricht auf dem am Platz ausliegenden Notizblock für Außenminister Guido Westerwelle oder Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde jedoch verzichtet – auch wenn man natürlich hätte einiges aufschreiben können ...

Den beiden Kollegen der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen wurde als Erinnerung und Dank für ihre Zeit ein GdP-Teddy überreicht, der hoffentlich einen adäquaten Platz in den Zimmern des „Deutschen Hauses“ mit Blick auf das gegenüberliegende UN-Gebäude erhalten wird.

Dietmar Schilff/Karl-Heinz Weidner

¹Capacity building (Kapazitätsentwicklung), bedeutet den Aufbau von Wissen, Fähigkeiten, Engagement, Strukturen, Systemen und Führungsqualitäten, um effektive Gesundheitsförderung zu ermöglichen. Kapazitätsentwicklung umfasst Aktionen zur Verbesserung der Gesundheit auf drei Ebenen: Weiterentwicklung von Wissen und Fähigkeiten bei den gesundheitsfördernden Tätigkeiten, Ausdehnung der Unterstützung und Infrastrukturen der Gesundheitsförderung in den Organisationen, Entwicklung des Zusammenhalts und der partnerschaftlichen Kooperation zur Gesundheit in den Gemeinschaften (Smith et al 2006),

Quelle: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Nur für GdP-Mitglieder: Advocard-Verkehrs- Rechtsschutzversicherung

Günstiger als alle geprüften Anbieter im Finanztest 07.2012:

Schon ab 55 € im Jahr!



Zur Absicherung u.a. als

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als Single Tarif (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als Familien/Partner Tarif.

Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Grundsätzlich keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Keine Wartezeit
- Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: **OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02**

Bitte einsenden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, z. H. Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **schneller geht's per Fax: 0211 / 710 42 72**

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)

Versicherungssumme: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **55,00 €***

Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €***

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

Einzugsverfahren

Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH wird widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldinstitut BLZ KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller) Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mit ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

Polizei der Vielfalt

Ende Juni fand im irischen Dublin die europäische Konferenz lesbischer, schwuler, bisexueller und transsexueller Polizisten aus aller Welt statt. Die 150 Delegierten aus Europa, Amerika und Asien wurden vom irischen Präsidenten Michael D. Higgins und Justizminister Alan Shatter empfangen. Zahlreiche uniformierte Polizisten nahmen zudem am Demonstrationzug der Lesben- und Schwulenbewegung durch die Dubliner Innenstadt teil.

Mitten im Dubliner Phoenix-Park liegt die Präsidentenvilla von Michael D. Higgins. Für die 150 Teilnehmer der Konferenz der European Gay Police Association (EGPA) war es eine große Ehre, vom irischen Präsidenten persönlich mit Handschlag begrüßt zu werden. Auch einige deutsche GdP-Mitglieder befanden sich darunter und erfreuten sich seiner Ansprache. Als Verfechter der Menschenrechte ist Higgins bekannt und in seiner Rede stellte er die Bedeutung von Vielfalt innerhalb der einzelnen Polizeien, aber auch in der Gesellschaft in den Fokus: „Ich bin stolz auf unsere Polizei, dass sie bereit ist, eine solche Konferenz zu unterstützen.“ Seine Ehefrau und er nahmen sich im Anschluss

Zum Autor:

Florian Meerheim ist stellvertretender Dienstgruppenleiter bei der Polizeistation Flörsheim am Main. Er ist Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim Polizeipräsidium Westhessen, GdP-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol) Hessen e.V.

Hauptstadt, brachten alle Teilnehmer inhaltlich und persönlich weiter. Einige der Teilnehmer sind nicht in ihrem Heimatland „geoutet“, d. h. sie verstecken noch immer ihre wahre sexuelle Identität vor Kollegen und Vorgesetzten und flüchten sich teilweise in ein Doppelleben. Gerade diese Kollegen



Teilnahme der EGPA Mitglieder am „Dublin-Pride“

Fotos: Privat

Zeit, um mit den Delegierten persönlich ins Gespräch zu kommen.

In Doppelleben geflüchtet

Diese grandiose Eröffnung wurde in den drei Tagen der Konferenz auch durch die Ansprachen des irischen Ministers für Justiz, Verteidigung und Gleichstellung, Alan Shatter, sowie des irischen Polizeichefs, Commissioner Martin Callinan, untermalt.

Vorträge, Workshops und zahlreiche Diskussionen im Austragungsort, dem Dublin Castle in der Altstadt der irischen

genossen es, von allen akzeptiert zu werden. Für andere war es etwas besonderes, nicht mehr in der Minderheit zu sein und nicht als „Exoten“ zu gelten. Selbstverständlich nutzten auch heterosexuelle Kolleginnen und Kollegen die Chance zur Fortbildung. Viele waren in ihrer Eigenschaft als Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen aus ganz Europa, den USA und Asien anwesend. Auf der Konferenz wurde deutlich, dass es immer noch wichtig ist, eine Polizeiververtretung von LGBT (Englisch für lesbian, gay, bisexual, transgender) zu haben. Die Vorbehalte gegenüber lesbischen

und schwulen Kollegen, aber auch Homosexuellen außerhalb der Polizei sind nach wie vor vorhanden. In Deutschland und Europa ist die Gleichstellung, Akzeptanz und Vielfalt noch nicht gleichweit fortgeschritten. Dank Simultandolmetscher wurde die Konferenz für die meisten Delegierten in die eigene Sprache übersetzt. Die EGPA ist ein Zusammenschluss der europäischen LGBT Polizeinetzwerke.

Nächste Konferenz in Berlin

Im katholisch geprägten Irland sind Lesben und Schwule erst langsam in der Gesellschaft angekommen, wobei sie staatlicherseits in den letzten Jahren die gebotene



Der irische Präsident Michael Higgins mit Ehefrau Sabina begrüßen den Präsidenten der EGPA Superintendent Herman Renes

Unterstützung erfahren haben. Nach der Konferenz wurde in Dublin der landesweit größte „Pride“ gefeiert. Dies ist der Demonstrationzug der irischen LGBT-Community. Viele EGPA-Konferenzteilnehmer verlängerten den Aufenthalt nach der Konferenz, um beim „Pride“ mit zu demonstrieren. Ein sehr interessantes Bild für die Zuschauer, denn einige Länder wurden von den eigenen Polizeibehörden sogar explizit aufgefordert, in Uniform an der Parade teilzunehmen. Allen voran zu nennen, sind die Niederlande, Schweden und England.

2014 wird die EGPA-Konferenz in Berlin stattfinden, da in diesem Jahr VelsPol Deutschland 20 Jahre alt wird.

Florian Meerheim





Nach Krawallen bei Kurden-Veranstaltung will GdP Schmerzensgeld für verletzte Beamte

Die baden-württembergische GdP verurteilte die massiven Ausschreitungen beim 20. Internationalen Kurdischen Kulturfestival Anfang September in Mannheim scharf. 80 Polizisten wurden durch Steine und Eisenstangen verletzt, Dutzende Einsatzfahrzeuge beschädigt. Ein Beamter erlitt

tragen.“ Die Organisatoren des Festivals seien „heillos überfordert“ gewesen und müssten bei künftigen Veranstaltungen mehr Verantwortung übernehmen. Etwa 40.000 Kurden hatten in Mannheim ein friedliches Familienfest feiern wollen. Am Nachmittag baten Einsatzkräfte nach Angriffen von mehreren Festivalteilnehmern um Unterstützung. Die Gemüter erhitzt, hatten offenbar Ordner, die einem 14-Jäh-

rigen Kurden den Zutritt verwehrten, weil er mit einer verbotenen Fahne auf das Gelände wollte. Die gewalttätigen Aktionen gingen von einer Menge von rund 2.500 Veranstaltungsbesuchern aus.



Spuren der Gewalt.

Foto: Thomas Mohr

Rippenbrüche, als er mit einer Eisenstange geschlagen wurde, ein anderer eine schwere Verletzung an der Knie Scheibe, als ihn ein Stein traf.

Die Entscheidung des Polizeiführers zum kurzfristigen Rückzug, um die Beamten vor weiteren Verletzungen zu schützen, fand das ausdrückliche Lob der GdP. Sie kündigte indes an, die Interessen ihrer verletzten Mitglieder wahrzunehmen und in zivilrechtlichen Verfahren, Schmerzensgeld zu fordern, sobald die Täter ermittelt wurden. Die Einführung von Distanzwaffen, wie Gummigeschosse oder Taser, lehnte GdP-Landesbezirksvorsitzender Rüdiger Seidenspinner gegenüber der Wormser Zeitung ab.

Die GdP forderte Innenminister Reinhold Gall auf, künftig solche offenbar gewaltträchtigen Veranstaltungen schärfer zu prüfen. Bei der Genehmigung von Veranstaltungen dieses Ausmaßes müsse zudem bedacht werden, dass der polizeiliche Personalaufwand – gerade an Wochenenden – angesichts 40.000 Teilnehmer kaum noch zu schultern sei. Gall kündigte Konsequenzen an: „Es ist unakzeptabel, politische Auseinandersetzungen mit Ausbrüchen brutaler Gewalt auf dem Rücken der Polizei auszu-

tragen.“ Die Organisatoren des Festivals seien „heillos überfordert“ gewesen und müssten bei künftigen Veranstaltungen mehr Verantwortung übernehmen. Etwa 40.000 Kurden hatten in Mannheim ein friedliches Familienfest feiern wollen. Am Nachmittag baten Einsatzkräfte nach Angriffen von mehreren Festivalteilnehmern um Unterstützung. Die Gemüter erhitzt, hatten offenbar Ordner, die einem 14-Jäh-

Hamburger GdP-Vorsitzender Uwe Koßel gibt Amt ab

Uwe Koßel gab Mitte September nach drei Jahren Amtszeit den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Hamburg ab. Koßel trat 1974 in die Gewerkschaft der Polizei ein und übernahm

2009 den Landesvorsitz. Zukünftig, so die GdP Hamburg, werde sich Koßel als Mitglied der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft neuen Aufgaben stellen. Der Landesvorstand dankte Koßel für die mit großem persönlichem Engagement geleistete, langjährige Arbeit in den unterschiedlichsten Bereichen der GdP Hamburg sowie auf der Bundesebene der GdP. Koßels Stellvertreter Gerhard Kirsch wird die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines Nachfolgers kommissarisch weiterführen.

Anschläge auf private PKW von Polizisten nehmen in Berlin drastisch zu

Die GdP Berlin zeigt sich alarmiert über zunehmende Anschläge auf private PKW von Polizisten. 2011, so die GdP in einer Pressemeldung, wurden 34, bis August 2012 bereits 48 Anzeigen registriert. Meist würden die Radbolzen vorne links gelöst. Die stellvertretende GdP-Landesbezirksvorsitzende Kerstin Philipp forderte Innensenator Frank Henkel auf, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die vorhandenen Parkflächen innerhalb der Dienststellen der Polizei unverzüglich und kostenlos zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus, so Philipp, sollten zusätzlich vor den Dienststellen Parkflächen frei gehalten werden, damit die Beamtinnen



und Beamten ihre privaten PKW nicht un beobachtet auf öffentlichem Straßenland abstellen müssten. Mit Blick auf ein internes Polizeipapier warnte Philipp vor einer „Verniedlichung“ der Anschläge auf das Leben und die Gesundheit von Polizistinnen und Polizisten und deren Familien: „Tatsachen werden nicht besser, wenn man sie verharmlost oder bagatellisiert.“

Kriminalität an der brandenburgischen Grenze nimmt offenbar ab

Wie der in Berlin erscheinende „Der Tagesspiegel“ Anfang September berichtete, zahle sich der massive Polizeieinsatz gegen Grenzkriminalität und Autodiebstahl in Brandenburg offenbar ab. In der ersten Jahreshälfte sei die Zahl gestohlener Autos landesweit um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, in grenznahen Gegenden sogar um 17 Prozent. Innenminister Dietmar Woidke hatte zu Jahresbeginn drei von insgesamt vier Hundertschaften an die Grenze beordert (siehe DP 2/12). GdP-Landesbezirksvorsitzender Andreas Schuster kann die vermeintlich „guten Nachrichten“ nicht nachvollziehen. Hier von einer Trendwende zu sprechen, sei unverantwortlich. Woidke ignoriere wider besseres Wissen den Verdrängungseffekt. Schuster: „Steigende Autodiebstähle in Berlin und eine explodierende Zahl von Wohnungseinbrüchen in und um Berlin sprechen eine andere Sprache. Diese Verdrängung wird zudem mit einem sehr hohen Preis bezahlt. Ein Viertel der Brandenburger Bereitschaftspolizei ist rund um die Uhr im Einsatz.“ Die „BAO Grenze“ binde also erheblich Personal, das zwangsläufig an anderer Stelle fehle.

Nach Hetzjagd auf Fußball-Profi sieht GdP neue Eskalationsstufe erreicht

Der ehemalige Kölner Fußball-Profi Kevin Pezzoni war einer regelrechten Hetzjagd ausgesetzt, bis er Anfang September die Notbremse zog und sein Arbeitsverhältnis mit dem Bundesliga-Absteiger auflöste. Die Vorgeschichte: Sogenannte Fans brachen ihm das Nasenbein, Anpöbeleien im und außerhalb des Stadions waren an der Tagesordnung, Anti-Pezzoni-Gruppen formierten sich mit Hass-Parolen in sozialen Netzwerken, bis ins Private stellten ihm seine Gegner nach.

Die Sicherheit rund um das Fußballgeschehen sei auf gefährlichem Kurs, sagte GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut gegenüber der Presse: „Wenn sogenannte Fans es nicht mehr vermögen, zwischen Fußballwelt und Privatsphäre eines Spielers zu unterscheiden, dann ist eine neue, zutiefst bedrückende Eskalationsstufe erreicht. Vereine und Fans müssen jetzt die Nagelprobe bestehen.“

GdP-NRW-Vorsitzender Frank Richter wird neuer Polizeipräsident in Hagen

Frank Richter wisse, wo den Menschen der Schuh drückt. Er sei durch und durch Polizist. Durch seine langjährige Erfahrung sei er ein ausgewiesener Kenner der NRW-Polizei, erklärte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger Anfang September nach der Ernennung des 53-jährigen Mülheimers zum neuen Polizeipräsidenten Hagens. Richter trat 1976 in die Polizei und zwei Jahre später in die GdP ein. 2000 übernahm er das Amt des Bundeschrift-



Frank Richter

Foto: GdP

führers im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, seit Ende 2010 bekleidet er das Amt des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden. Zum Vorsitzenden des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalens wurde er 2005 gewählt und 2010 mit großer Mehrheit bestätigt. Auf internationaler Ebene vertritt Richter seit Mai 2010 als Mitglied des EuroCOP-Exekutivkomitees die Interessen der GdP. Seit Ende 2011 fungiert er als EuroCOP-Vizepräsident. Die GdP NRW bezeichnete Richters Ernennung als Vertrauensbeweis. Sein neues Büro im Hagener Polizeipräsidium wird Frank Richter am 1. November beziehen.

GdP will uneinsichtigen Radfahrern mit präsenter Polizei auf die Felge rücken

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat Anfang September dem Bundeskabinett den Radverkehrsplan 2012 vorgestellt. Ramsauer äußerte dabei die Absicht, Radfahrer nach Verkehrsverstößen härter bestrafen zu wollen. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut bezeichnete gegenüber der Presse Ramsauers Vorstoß

vor dem Hintergrund einer zunehmend ausgedünnten polizeilichen Verkehrsüberwachung als eher hilflos: „Zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit werden höhere Strafen zur Ahndung von Verkehrsverstößen wie in einer Endlos-Tonbandschleife ins Spiel gebracht. Diese Drohkulisse kann nur wirken, wenn das Entdeckungsrisiko gleichsam erhöht wird.“ Nur eine präsen te Polizei könne uneinsichtigen Radfahrern wirksam auf die Felge rücken.

Irritation: Schwindet Bedeutung der Trennung von innerer und äußerer Sicherheit?

Wenige Tage vor dem Jahrestag der Terror-Anschläge des 11. September stellte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in einer Veranstaltungsrede fest, „die traditionelle Unterscheidung zwischen äußerer Sicherheit und Sicherheit im Innern verliert angesichts neuer Bedrohungen zunehmend ihre Bedeutung“. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut zeigte sich irritiert. Allein schon aufgrund der Grenzziehung des Bundesverfassungsgerichts beim Einsatz militärischer Mittel im Inland (siehe unten) sei dies eine klare Fehlinterpretation der Lage sei. Auf Pressenachfragen sagte Witthaut: „Die Bedrohung durch den Terrorismus ist unzweifelhaft eine ernste Gefahr für unsere Sicherheit. Wer aber deshalb eine der Grundfesten unserer Demokratie in Frage stellt, schießt deutlich über das Ziel hinaus.“ Der Minister erwecke den Eindruck, als suche er neue militärische Betätigungsfelder. Die Aufgabe des Schutzes der inneren Sicherheit sei aber bereits an die Polizei kompetent vergeben.“

Bundesverfassungsgericht stärkt Trennung der Aufgaben von Polizei und Bundeswehr

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat Mitte August den Einsatz militärischer Mittel im Innern unter gewissen Voraussetzungen für möglich erklärt. Ausgeschlossen bleibe aber der Abschuss von Passagiermaschinen im Fall eines Terrorangriffs ebenso wie auch ein Einsatz gegen Demonstranten. Damit habe Karlsruhe, so die GdP die bewährte Aufgabentrennung zwischen dem Schutz der inneren Sicherheit durch die Polizei und dem Schutz der äußeren Sicherheit durch die Bundeswehr gestärkt. Gegenüber der Presse sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek: „Die Verfassungsrichter schließen mit ihrer Entscheidung eine sehr kleine, aber gefährliche Lücke in der Terrorbekämpfung im Inland.“ Die Bewaffnung der Polizei reiche für eine wirksame Abwehr von Terrorangriffen, vor allem aus der Luft und von der See, nicht aus. Zudem werde einer Remilitarisierung der Polizei ein Riegel vorgeschoben. **Michael Zielasko**



DGB-Rentenreform

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat im Juni 2012 ein neues Rentenkonzept vorgelegt, mit dem das heutige Rentenniveau auch dann gesichert werden kann, wenn der Rentenbeitrag – wie gesetzlich vorgesehen – auf 22 Prozent im Jahr 2030 begrenzt wird. Der DGB legt sich damit nicht auf diese Beitragshöhe fest, sondern zeigt auf, dass selbst unter diesen Bedingungen erhebliche Spielräume entstehen, um die Rente der Zukunft zu sichern.

In dem Konzept wird der Rentenbeitrag von heute 19,6 Prozent nicht gesenkt, sondern der demografischen Entwicklung angepasst und in jährlichen Schritten um

gesetzlichen Rahmens von 22 Prozent liegen. Dadurch entsteht eine Demografie-Reserve, mit der die Sicherung des heutigen Rentenniveaus bis 2030 finanziert, die

Erwerbsminderungsrente verbessert und die Rente mit 67 ausgesetzt werden können. Das DGB-Konzept bietet Planungssicherheit für Versicherte und Arbeitgeber. Drastische Beitragssprünge werden vermieden. Für Durchschnittsverdiener bedeutet dies jährlich einen zusätzlichen Beitrag von nur 2,60 Euro

pro Monat, durch den die erheblichen Verbesserungen finanziert werden können. Kritiker gibt's aber auch schon: Unmögliches

verspreche der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinem neuen Rentenkonzept, behauptet Bert Rürup und spricht von einem „Zaubertrick“. Doch hinter dem Angriff steckt sein vom Finanzmarkt geleitetes Interesse: Der einstige Architekt der Rentenkürzungspolitik berät heute die Finanzwirtschaft – sinkt die staatliche Rente weiter, nützt das vor allem den privaten Versicherern (DGB 6.7.2012).

Ausgangslage

Die Bundesregierung wird im Oktober 2012 über die Gestaltung der Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2013 entscheiden. Die finanziellen Reserven betragen dann voraussichtlich ca. 27,4 Mrd. Euro. Nach den bisherigen Annahmen ist also davon auszugehen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Nachhaltigkeitsrücklage die Höhe von 1,5 Monatsausgaben im nächsten Jahr erneut überschritten und eine weitere Beitragssenkung möglich wird. Der Rentenversicherungsbeitrag sinkt zum 1.1.2013 auf 19,0 %.

Der DGB lehnt die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags ab und fordert eine Rentenpolitik, die die notwendigen Sicherungsziele berücksichtigt. Aufgrund der im geltenden Rentenrecht vorgesehenen Leistungskürzungen werden künftig immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – trotz langer Beitragszeiten – so geringe Rentenleistungen er-



je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber angehoben. Im Jahr 2025 würde der Rentenbeitrag innerhalb des

Reise & Erholung

watercraft
rafting, canyoning, kajak

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 UF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 155,-

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6781

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf,
60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick,
Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 045 63/70 21, Ostsee@gmx.info
www.ostseeferienwelt.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof,
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilvilla,
Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

Westmeckl./bei Schwerin, Kuschlige FeWo
bis 4 Pers. Gerne Haustier. Pro Woche 200 €.
Tel.: 06021/231 08 oder 0176/50208092
www.ferienwohnung-landleben.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
099 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Winterberg, FeWo, max. 4 Pers.,
Terrasse, ab 30 €, Tel. 02 01/1 80 49 37
und fewowi@web.de

Nordfriesland (dän. Grenze), Nähe Sylt, 4*/3*-
NR-FeWo., 2–4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96,
www.nf-fewo.de

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift,
Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten,
DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne,
96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

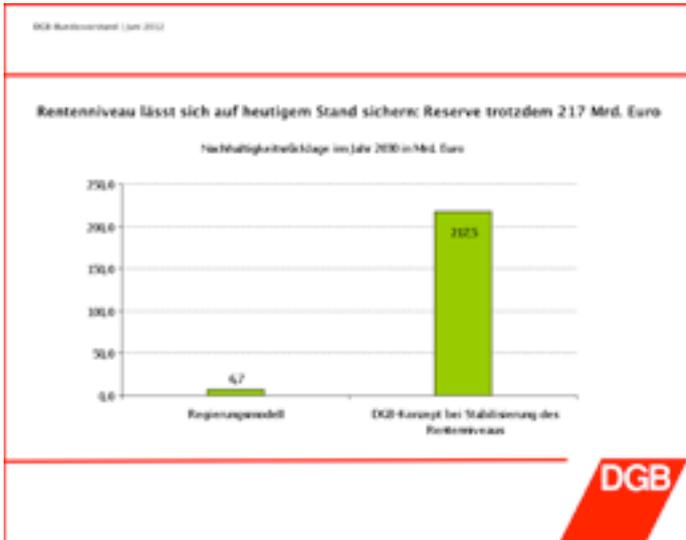
INSELN IM INDISCHEN OZEAN
kl. fam. Anlagen mit Kollegientarifen ab € 45,- p.P./Tag
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus
bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82
www.fewo-feind.de**

Ärzte ohne Grenzen e. V.
Lieselingweg 102
53119 Bonn

Spendenkonto 97097
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00





halten, dass ihre Lebensleistung nicht mehr angemessen honoriert wird.

Diese Gefahren für die Alterssicherung von – insbesondere jüngeren – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird durch die von der Bundesregierung beschlossene Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung weiter zunehmen. Dadurch wird die Nachhaltigkeitsrücklage stark reduziert. Der Spielraum für eine Verbesserung rentenrechtlicher Leistungen schwindet.

Nach den amtlichen Prognosen müsste der Beitragssatz ab 2020 wieder deutlich (um einen Beitragspunkt und drei Beitragssatzpunkte bis 2030) angehoben werden, nur um das – ohnehin sinkende – Rentenniveau zu halten (43 % in 2030). Gegen solch sprunghafte Beitragssteigerungen sind große Widerstände der Wirtschaft zu erwarten. Zu befürchten ist, dass die Leistungen der gesetzlichen

lich vorgeschriebene Mindestmaß.

Eine Senkung des Rentenversicherungsbeitrages widerspricht den Herausforderungen der demografischen Entwicklung. Die mit der Senkung verbundene Entlastung der Beitragszahler/innen steht in keinem Verhältnis zu den erforderlichen Alterssicherungszielen. Durchschnittsverdiener/innen (2.600 Euro brutto) würden bei einer Senkung um 0,4 Beitragspunkte monatlich um 5,20 Euro entlastet werden. Ein individueller Ausgleich der Sicherungslücken ist dadurch unmöglich. Die geringfügige Entlastung steht in keinem Verhältnis zu der drastischen Reduzierung des Rentenniveaus.

DGB und Gewerkschaften fordern deshalb eine nachhaltige und verlässliche Gestaltung des Beitragssatzes. Die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung muss gestärkt werden, um die Bedingungen dafür zu schaffen,

das Rentenniveau mindestens auf dem heutigen Stand (51 %) halten zu können. Es ist unverzichtbar, die Rücklagen in den nächsten Jahren zu erhöhen, um ein Absinken des Rentenniveaus auf 43 % zu vermeiden. Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, die Absicherung von Geringverdienern/innen sowie erwerbsgeminderten und langzeitarbeitslosen Menschen zu verbessern.

Eine Beitragssatzsenkung im Jahr 2013/2014 führt in der Folge zu deutlichen Beitragssprüngen. Die Folge ist der Abbau der Nachhaltigkeitsrücklage auf das gesetz-

Das DGB-Konzept

Die Frage der Beitragshöhe bzw. der Gestaltung der Rücklagen der Rentenversicherung ist der zentrale Ansatzpunkt für die Frage der künftigen Rentenhöhen. Besondere Beachtung haben dabei die rentenpolitischen Perspektiven der jüngeren Generationen. Der DGB hat bereits die Beitragssatzsenkung zum 1.1.2012 von 19,9 % auf 19,6 % kritisiert und eine breite gesellschaftliche Unterstützung erfahren.

Mit einer langfristig orientierten Gestaltung des Beitragssatzes können – auch innerhalb der bisherigen Beitragsziele der Bundesregierung (22 % in 2030) – stabile Rentenfinanzen und zugleich bessere Leistungen erreicht werden.

Nach dem DGB-Konzept wird der Beitragssatz im Jahr 2013 bei 19,6 % stabil gehalten. Danach wird der Beitragssatz in jährlichen Stufen von jeweils 0,2 Prozentpunkten bis auf bis zu 22 % im Jahr 2025 angehoben. Danach wird der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 bei 22 % eingefroren.

Im Vergleich zu den Regierungsplänen wird die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung also nicht bis zum Jahr 2020 abgeschmolzen, sondern schrittweise erhöht. Die auch von der Bundesregierung geplante stufenweise Anhebung ab dem Jahr 2021 setzt bereits im Jahr 2014,

Anzeige

- GORE-TEX® Innenfutter wasserdicht und atmungsaktiv
- Obermaterial Veloursleder und CORDURA® langlebig und belastbar
- LOWA MONOWRAP® Sohlentechnologie
- PU-Dämpfungskiel
- Stoßschutzkappe

LOWA

simply more...

LOWA GSG REVO GTX® HI
 Größen: UK 6,5-12,13
 Schafthöhe außen: 235mm
 Farben: schwarz, sand

Behördenpreise und weitere Auskünfte bei MLE.
Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

MEHLER LAW ENFORCEMENT
Edelzeller Str. 51
36043 Fulda / Germany
Tel: + 49-661-103-650
Fax: +49-661-103-570
www.m-l-e.de
info@m-l-e.de

GSG REVO GTX® HI

Perfektion im Einsatz



allerdings in gleichmäßigen, moderaten Schritten, ein.

Durch die demographisch orientierte Gestaltung des Rentenversicherungsbeitrags entsteht eine beträchtliche Nachhaltigkeitsrücklage, die zu einer Verbesserung rentenrechtlicher Leistungen genutzt werden soll.

Trotz einer Verbesserung / Stabilisierung des Rentenniveaus auf heutigen Stand (51 %) sowie der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und der Aufstockung des Reha-Budgets würde die Nachhaltigkeitsrücklage im Jahr 2030 noch immer 182 Mrd. Euro betragen.

Wird zusätzlich die Erhöhung des gesetzlichen Eintrittsalters auf 67 Jahre zurückgenommen, bleibt bis zum Jahr 2030 eine Nachhaltigkeitsrücklage von 18,9 Mrd. Euro.

Damit ist die Nachhaltigkeitsrücklage trotz der deutlichen Leistungsverbesserung im Jahr 2030 deutlich stabiler als nach den Plänen der Bundesregierung.

Die notwendigen Leistungsverbesserungen sind bis zum Jahr 2030 auch unter der Maßgabe, den Rentenbeitrag bei 22 %

zu begrenzen, finanzierbar.

Die verbesserten Leistungen für Langzeitarbeitslose sowie Geringverdienende sind aus dem Steueraufkommen zu finanzieren.

Stattdessen wird mit dem demografisch orientierten Beitragssatz eine paritätisch finanzierte Reserve innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung gebildet, die

zur Verbesserung der rentenrechtlichen Leistungen genutzt werden kann.

Auf diese Weise wird eine Überlastung der (jungen) Versicherten aufgrund der



Kapitalmarkt

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

⇒ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
Kredite von 1000–100000 €.
• Laufzeit bis 240 Monate
• ohne Auskunfft bis 10 000 €
45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtenkredite.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-0404041
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtenkredite supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtenkredite ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
66155 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Nettobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



demografischen Entwicklung vermieden. Die Beitragszahler/innen leisten zum Aufbau einer nachhaltigen Demografie-Reserve zur Leistungsverbesserung bis 2025 pro Jahr einen zusätzlichen Beitrag von jeweils 0,1 % ihres Einkommens. Für Durchschnittsverdiener/innen mit ca. 2.600 Euro Brutto-Monatseinkommen bedeutet dies jährlich einen zusätzlichen Beitrag von 2,60 Euro im Monat, mit dem erforderlichen Alterssicherungszielen erreicht werden können.

Arbeitgeber beteiligen sich paritätisch an der Demografie-Rücklage. Für die Beitragszahler/innen besteht eine verlässliche Planungssicherheit. Beitragssprünge oder gar ein Beitragsschock (vgl. aktuelle Regierungspläne) werden vermieden.

Option 20/20

Sollte der Gesetzgeber nicht nur am der Begrenzung des Rentenversicherungsbeitrags von 22 % im Jahr 2030, sondern

auch an der Begrenzung auf 20 % im Jahr 2020 festhalten, würde die Demografie-Reserve niedriger ausfallen.

Gleichwohl könnte das Rentenniveau auch unter diesen Bedingungen bis zum Jahr 2030 auf dem heutigen Stand stabilisiert werden und die Erwerbsminderungsrente verbessert sowie das Reha-Budget aufgestockt werden. Danach bleibe im Jahr 2030 noch eine Nachhaltigkeitsrücklage von 27,2 Mrd. Euro.

Die Abschaffung der Rente mit 67 wäre unter diesen Bedingungen rein beitragsatztechnisch bis zum Jahr 2025 zu finanzieren.

Ausblick

Die Begrenzung des Rentenversicherungsbeitrags auf 22 % im Jahr 2030 ist eine politische Entscheidung. Die von der Politik gesetzten Beitragsziele müssen

mit der Gewährleistung des notwendigen Sicherungsniveaus abgewogen werden. Durch eine Anpassung des Beitragssatzes außerhalb dieses Rahmens sind weitere Verbesserungen des Leistungsniveaus möglich. Damit könnte z. B. auch ein reformierter Zugang in die Erwerbsminderungsrente finanziert werden, der den Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht wird.

Die Gesetzliche Rentenversicherung hat sich insbesondere in Krisenzeiten bewährt und kann bei einer nachhaltigen Gestaltung des Beitragssatzes auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung im Alter leisten. Durch den Ausbau der Gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen können die Spielräume zur Verbesserung der Alterssicherung erhöht werden.

Zusammengestellt von A. Körner

Anzeige



Wenn Sie den **kleinen Unterschied behalten** möchten, sollten Sie jetzt handeln.

Nur noch bis zum 20. Dezember 2012 gibt es bei Versicherungen den kleinen Unterschied: Ab diesem Zeitpunkt schreibt der Gesetzgeber Tarife vor, die für Mann und Frau gleich sind. Oft sind aber die jetzt noch gültigen Tarife günstiger. Wir beraten Sie gern, wie Sie sich Ihre Vorteile sichern können.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon (0231) 1 35-25 51
polizei-info@pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen



Entgeltordnung TV-L Datenverarbeitung

Immer wieder gibt es hinsichtlich der Entgeltordnung TV-L Nachfragen zum IT-Bereich bzw. zum Bereich der Datenverarbeitung – insbesondere bezüglich der Datenerfasser/-innen. Im Folgenden wird der aktuelle Stand dargelegt:

Der aktuellen GdP-Broschüre zum TV-L (Erläuterungen zur Entgeltordnung) sowie der Broschüre zur Entgeltordnung ist zu entnehmen, dass die Entgeltordnung TV-L bisher für die Angestellten der Datenverarbeitung (bzw. Beschäftigte in der Informationstechnik) gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 TVÜ-L keine Anwendung findet; hier gilt weiterhin der Teil II Abschnitt B der Anlage 1a BAT.

Im Mai diesen Jahres hatte sich die Gewerkschaftsseite mit den Arbeitgebern darauf verständigt, die bisherigen Tätigkeitsmerkmale des Teils II Abschnitt B der Anlage 1a zum BAT (ohne die Unterabschnitte V [Angestellte in der Datenerfassung], VI [Ang. in der Produktionssteuerung] und VII [Ang. in der Maschinenbedienung]) entsprechend den mit der TdL verabredeten Grundsätzen (lediglich redaktionelle Bereinigung der Tätigkeitsmerkmale, Berücksichtigung der bis zu sechsjährigen Aufstiege im Bereich bis zur Vergütungsgruppe Vc/Vb BAT bei der Entgeltgruppenzuordnung) mit Wirkung vom 1. Januar 2012 als Teil II Abschnitt 11 der Entgeltordnung zum TV-L in Kraft zu setzen. Gleichzeitig einigten sich beide Seiten nach Abschluss der Redaktionsverhandlungen über Auswirkungen neuer Berufe und berufsbildungsrechtlicher Entwicklungen im Bereich der Informationstechnik zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und daher für den Teil II Abschnitt 11 noch keine Regelungen vorhanden.

Gerade im Polizeibereich sind jedoch noch vermehrt Datenerfasser/-innen tätig, so dass ein „Weglassen“ von Regelungen zu diesen Tätigkeitsmerkmalen nicht möglich ist. Die GdP hat daher veranlasst, dass diese Thematik am 19. Juli anlässlich des Verfahrensgesprächs hinsichtlich der Wiederaufnahme Berlins in die TdL angesprochen wurde. Markus Geyer (stellv. Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder) hat mitgeteilt, dass die TdL mit der weiteren Vereinbarung

der Tätigkeitsmerkmale für den Bereich der Datenerfassung – unter Anwendung der Grundsätze zu dem Umgang mit den bisherigen Aufstiegen – einverstanden sei. Gemeint ist, dass auch im Bereich der Datenerfassung die Tätigkeitsmerkmale mit bis zu sechsjährigen Aufstiegen direkt der höheren Entgeltgruppe zugeordnet werden.

Daraus folgt, dass bis zu einer endgültigen Regelung sich die Eingruppierung der Datenerfasser/-innen weiterhin nach den Tätigkeitsmerkmalen des Teils II Abschnitt B der Anlage 1a zum BAT i.V.m. der Anlage 4 zum TVÜ-Länder richtet. Dies ist im Hinblick auf die beabsichtigte inhaltliche Neuregelung der Merkmale für den IT-Bereich im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Entgeltordnung zum TV-L ausdrücklich vereinbart worden (vergl. den durch § 1 Nr. 6 Buchst. a Doppelbuchst. bb des Änderungsstarifvertrages Nr. 4 zum TVÜ-Länder vom 2. Januar 2012 neu eingefügten Satz 2 des § 17 Abs. 1 Satz 2 TVÜ-Länder).

In der jetzt vorgesehenen Zwischenlösung für den Teil II Abschnitt 11 der Anlage A zum TV-L wird das bisherige Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe IXb BAT als sogenanntes Einarbeitungsmerkmal nicht mehr vereinbart. Da es sich bei den bisherigen Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen VIII und VII BAT um Merkmale mit unterschiedlichen inhaltlichen Anforderungen handelt, werden diese Merkmale auch weiterhin getrennt in der Entgeltordnung zum TV-L aufgeführt: Vergütungsgruppe VIII BAT wird der Entgeltgruppe 3 TV-L und Vergütungsgruppe VII BAT wird der Entgeltgruppe 5 TV-L zugeordnet. Wobei eine Eingruppierung nach dem Tätigkeitsmerkmal der Entgeltgruppe 5 neben der Erfüllung der herausgehobenen inhaltlichen Anforderungen eine Tätigkeitszeit in der Datenerfassung von einem Jahr voraussetzen wird. Es wird also – von der Streichung der Einarbeitungszeit abgesehen – materiell keine Veränderungen geben.

M. Omari

AM RANDE NOTIERT



Sonntag, kurz nach dem Tatort redet Günter Jauch als Primus der TV-Talk-Riege: Das hochtourige Bühnenspiel der Gesprächsdarsteller versendet sich dabei mehr und mehr in die Beliebbarkeit der medialen Öffentlichkeit. Das zur Schau gebrachte Stück wird mit wechselnder Besetzung und unter neuen Titeln aufreizend oft recycelt. Der Zuspruch der Zuschauer sinkt, die Reihen leeren sich. Und das ist Gift für diejenigen, die für ein Wählerkreuz an der richtigen Stelle schon mal ihr Rückgrat verbiegen. Mindestens einer hat das erkannt! Dazu später.

Kaum ein Talk-Tag verbleibt unbefleckt von üblen Unterstellungen, massiv in die Öffentlichkeit getragenen Machtdemonstrationen oder rührseligen Bekenntnissen. Wir Otto-TV-Normalseher schalten da ab. Wir wollen nicht mehr anschauen, wie das Stuhl-Ensemble mit unseren Ängsten und Hoffnungen jongliert. Was inhaltlich posaut wird, bleibt ja doch meist Blech.

Die inflationären Talkrunden der Sender scheiden also als Arenen der Sachdebatte aus. Stefan Raab, der umtriebige TV-Impresario, will dies zwar nicht ändern, jedoch zumindest den Wettbewerb anheizen. Fünf Talkgäste, davon drei Politiker, sollen mit dem Ziel diskutieren, die absolute Mehrheit der Zuschauer hinter sich zu versammeln. Wem dies gelingt, wer also mehr als die Hälfte der Zuschauer von seiner Meinung überzeugt, dem winken 100.000 Euro Preisgeld.

Hallo!! Endlich entscheidet offiziell die beste Bühnenpräsenz über Sinn und Unsinn. Die siegreiche Rampensau darf sich im gleißenden Licht des Scheinwerfers sonnen – und wird doch nichts erreichen.

„Meinung muss sich wieder lohnen“ diktiert Raab dem „Spiegel“. Fragt sich nur, für wen?

Michael Zielasko

AM RANDE NOTIERT



Wenn Frauen die Familie ernähren

Im Rahmen des vom DGB und vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend finanzierten Projektes haben die Projektpartner in einer ersten Phase von 2010 bis 2012 über die Situation von Familienernährerinnen informiert, relevante Akteure und Akteurinnen für das Phänomen „Familienernährerinnen“ sensibilisiert und einen politischen Fahrplan (Roadmap) entwickelt, der politische Handlungsoptionen diskutiert, die zu nachhaltigen Verbesserungen der Situation von Familienernährerinnen beitragen können. Bereits in jedem fünften Mehrpersonenhaushalt erwirtschaften Frauen als Alleinerziehende oder Partnerin allein oder hauptsächlich das Familieneinkommen von mindestens 60 Prozent des Haushaltseinkommens. Dabei lässt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle feststellen: Während im Jahr 2010 im Osten bereits 15 Prozent aller Paarhaushalte von einer Frau finanziell versorgt werden, sind es in den alten Bundesländern neun Prozent.

Frauen ernähren ihre Familie unter anderen Bedingungen als Männer: Schlechte Entlohnung in weiblich dominierten Berufen, häufige Teilzeitbeschäftigung, lange familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und eine Unterrepräsentanz in Führungspositionen erschweren eine eigene Existenzsicherung von Frauen. Diese Voraussetzungen bewirken, dass Haushalte, in denen Frauen die Familie ernähren, wirtschaftlich schlechter dastehen, als Haushalte mit männlichen Ernährern.

Während 78 Prozent der Haushalte, in denen der Mann der Familienernährer ist, über ein Nettoeinkommen von mehr als 1.600 Euro verfügen, sind es bei den weiblichen Familienernährerinnen nur 42,6 Prozent.

Gegenwärtig wird durch das Projekt auch geprüft, in welchen Branchen Familienernährerinnen insbesondere tätig sind.

Damit sich die Situation der Frauen verbessern kann, müssen u. a. die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Familienernährerinnen in der politischen, gewerkschaftlichen und medialen Öffentlichkeit weiterhin stärker bekannt gemacht und Lösungsansätze erarbeitet werden.

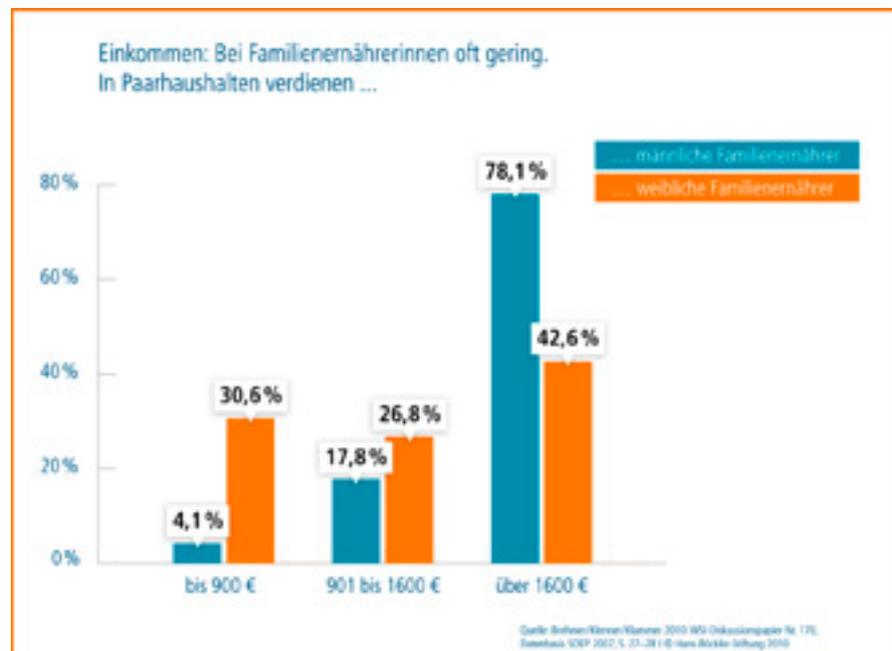
Die zweite Phase des Projektes stellt vor diesem Hintergrund langfristig drei Handlungsfelder in den Fokus:

- Das herkömmliche Rollenverständnis muss aufgebrochen werden,

„Was nun? Wenn Frauen die Familie ernähren“ – unter diesem Titel startete am 22. Mai 2012 die zweite Phase des Projektes „Familienernährerinnen“ mit einer Fachtagung im Düsseldorfer DGB-Haus. Eingeladen waren die Gleichstellungsbeauftragten aus Kommunen, Verbänden, der Bundesagentur für Arbeit, Polizei, Personal- und Betriebsräte sowie Vertreterinnen und Vertreter von politischen Parteien und Gewerkschaften.

kationen und Informationsbroschüren für Betriebs- und Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte herausgegeben. Darüber hinaus sollen Kooperationen mit der Presse für die Problematik sensibilisieren.

Um die Datenlage zu Familienernährerinnen zu verbessern, geben die Verantwortlichen eine statistische Auswertung in Auftrag, die klären soll, in welchen Branchen und Berufen Frauen als Familienernährerinnen überproportional auftreten. Solche konkreten Aussagen hätten für die entsprechenden Gewerkschaftsvertretungen ganz besondere Relevanz.



- die eigenständige Existenzsicherung von Frauen muss in den Vordergrund gerückt werden,
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Pflege muss von Frauen und Männern geleistet werden.

Ein anspruchsvolles Programm, das u. a. nach relevanten Bündnispartnern/innen, öffentlichkeitswirksamer Aufklärung und Unterstützung aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft verlangt. Neben einer intensiven Debatte über Arbeitszeitmodelle und Fehlanreizen im Steuer- und Sozialrecht, erfordert es auch Nachdenken z. B. über die Etablierung einer geschlechterbewussten Pädagogik in schulischen und außerschulischen Bereichen.

Zu all diesen Aspekten werden Publi-

Die wissenschaftliche Grundlage für das gesamte Projekt bilden die beiden Forschungsergebnisse der Hans-Böckler-Stiftung mit den Titeln „Flexible Familienernährerinnen – Prekarität im Lebenszusammenhang ostdeutscher Frauen“ von Dr. Christina Klenner, Katrin Menke und Svenja Pfafl (2011) und „Wenn Mama das Geld verdient. Familienernährerinnen zwischen Prekarität und neuen Rollenbildern“ von Ute Klammer, Sabine Neukirch und Dagmar Weßler-Poßberg (2012). Die Forschungsergebnisse sowie weitere Literatur zu diesem Thema sind unter dem Link: www.familienernaehrerin.de erhältlich.

Bei Fragen zum Projekt hilft die Projektleiterin Katrin Menke gern weiter: Katrin.Menke@dgb.de

Annette Terweide



Geteilte Stadt

Die soziale Spaltung in den Großstädten nimmt zu, warnen Wissenschaftler vom Deutschen Institut für Urbanistik. Vor allem die Kinderarmut, so das Ergebnis einer neuen Studie, konzentriert sich in bestimmten Stadtteilen. Ein Beispiel aus Köln.

von Thomas Gesterkamp

Schmucklos wieder aufgebaute Nachkriegsbauten säumen die Buchforststraße im Kölner Bezirk Kalk. Vor dem Haus Nummer 113 herrscht Hochbetrieb. Ständig betreten oder verlassen Kinder das bescheidene Ladenlokal. In einem Korb vor der Tür liegen frische Brotlaibe zum kostenlosen Mitnehmen, das Schaufenster präsentiert gespendete Spielsachen, Schuhe und Kleidung. Direkt dahinter stehen große Holztische, die mit Gläsern, Tellern, Besteck, Brötchen und Obstschalen eingedeckt sind. „Heute gibt es Kartoffelsalat mit Würstchen“, sagt Elisabeth

Lorscheid. Am frühen Morgen erhielt die Leiterin des Kalker Kindermittagstisches den Anruf eines Kölner Großveranstalters. „Wir haben frische Ware übrig, die müssen Sie aber bis 9 Uhr abholen.“ Lorscheid hat sofort einen ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter hingeschickt, zwei andere Helferinnen schälen und schneiden jetzt in der kleinen Küche Obst und Gemüse.

Um die 150 Kinder essen von Montag bis Freitag beim Kalker Mittagstisch, auch in den Schulferien. Für die warme Mahlzeit kommen sie zum Teil extra aus benachbarten Stadtteilen wie Vingst, Höhenberg oder Buchheim hierher. Die meisten von ihnen sind in Köln geboren,

ihre Eltern aber stammen aus dem Irak, der Türkei, aus Marokko, Brasilien, Togo oder Bosnien. Armut betrifft in den (west)deutschen Großstädten vor allem Menschen mit Migrationshintergrund; sie bilden inzwischen die Mehrheit der neuen Unterschicht.

„Die ersten Kinder erscheinen schon am späten Vormittag, wenn die Grundschule früh zu Ende ist“, erzählt Elisabeth Lorscheid, die hier alle „Alice“ nennen. Viele der kleinen Besucher haben großen Hunger – weil es zu Hause zu wenig zu essen gibt. Fast jedes fünfte Kind verlässt morgens ohne Frühstück die elterliche Wohnung, hat der Deutsche Kinderschutzbund in einer bundesweiten Befragung unter Sieben- bis Neunjährigen ermittelt.

Zwar registriert die Bundesagentur für Arbeit derzeit sinkende Erwerbslosenquoten und auch eine leicht rückläufige Kinderarmut. Doch an Kalk-Nord geht dieser Trend vorbei. 32.000 Jungen und Mädchen, im statistischen Schnitt fast ein Viertel der Kölner Kinder unter 15 Jahren, gelten als arm. Diese Bedürftigkeit ist je-

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 1,55 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto) mit der GdP-VISA-Card
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten – mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



doch regional sehr unterschiedlich verteilt. In manchen bürgerlich geprägten Vierteln auf der linken Rheinseite, wo sich auch das Stadtzentrum befindet, gibt es so gut wie keinen Bedarf an einem kostenlosen Mittagessen. In Trabantenstädten wie Porz-Finkenberg oder im deindustrialisierten Kalk ist das ganz anders. Köln sei eine der Städte mit einer besonders ausgeprägten sozialräumlichen Spaltung, lautet das Ergebnis einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik (siehe Seite 37).

Auf „Betteltour“

Elisabeth Lorscheid startete den Kalker Kindermittagstisch im August 2009. Angeregt wurde sie durch einen Freund ihrer beiden Kinder, den diese öfter zum Essen nach Hause mitbrachten. Durch ihn bekam sie hautnah mit, was es bedeutet, von den Eltern nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt zu werden. Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft stellte ihr das Ladenlokal zur Verfügung, über den Spendenaufruf einer Tageszeitung konnte sie eine Küche anschaffen. Für den gemeinnützigen Verein arbeitet die einstige Bürokauffrau als Geringverdienerin auf 400-Euro-Basis, ihr Honorar hat ein privater Sponsor übernommen. Die Entlohnung ist eher symbolisch, denn Lorscheid investiert täglich um die 14 Stunden in das Projekt. „Ich stehe um halb vier auf, kümmere mich erstmal um mich selbst und um meine Familie; danach checke ich die Mails, was neu an Lebensmitteln angeboten wird.“

Ab dem frühen Morgen geht sie koordiniert mit den ehrenamtlichen Unterstützern „auf Betteltour“. Cornelia Schönburg zum Beispiel, Verkäuferin auf dem Kalker Wochenmarkt, spendet jedes Mal 60 Eier. Eine Bäckerei im Stadtteil liefert Brötchen, und nicht etwa die vom Vortag. „Wir verwenden ausschließlich frische Lebensmittel“, betont Lorscheid. Von einem Großhändler erhält sie hochwertiges Obst und Gemüse; aus einem Krankenhaus holt ein Helfer jeden Montag Joghurts und fertig gekochte Suppe. Wasser und Saft stellt ein Getränkemarkt kostenlos zur Verfügung, das Fleisch wird überwiegend mit Fördergeldern zugekauft. „Gerade wo es arm ist, darf es nicht ärmlich aussehen“, beschreibt Elisabeth Lorscheid das Selbstverständnis ihrer Arbeit.

Arm an Gefühlen

Spätestens ab zwölf Uhr ist sie wieder vor Ort beim Mittagstisch. Von den an-

kommenden Kindern wird sie euphorisch begrüßt, für viele von ihnen ist sie zur Ersatzmutter geworden. „Alice“ wird stets umlagert, mit Fragen bestürmt: „Kannst du mir bei den Hausaufgaben helfen? Kannst du mir was vorlesen?“, rufen die kleinen Gäste durcheinander. „Armut bedeutet nicht nur Mangel an Geld, sondern oft auch Mangel an Gefühlen“, weiß Lorscheid. Sie beobachtet eine Verwahrlosung im emotionalen Bereich: „Von den weit über hundert Kindern, die hier teilweise seit Jahren täglich umsonst essen, haben sich höchstens zehn Eltern unseren Mittagstisch mal persönlich angeschaut.“ Sie kennt „Familien, wo die Mutter den ganzen Tag in Netzwerken chattet und der Vater ständig vor dem Fernseher sitzt“.

Lorscheid erzählt von einem Mädchen, bei dem ihr auffiel, dass sie nach dem Schlittschuhlaufen „den Socken voll Blut hatte“. Bei genauerer Betrachtung stellte sich heraus, dass die Wunde mitnichten auf die sportliche Betätigung zurückzuführen war. „Der Zehennagel war in das Fleisch eingewachsen.“ Nicht die Eltern, sondern die Leiterin des Mittagstisches suchte mit dem Kind sofort einen Arzt auf. Für solches Desinteresse am eigenen Nachwuchs hat sie überhaupt kein Verständnis: „Gefühle kosten kein Geld.“

Essen und Reden

Der Kindermittagstisch versteht sich, wie der Name schon sagt, als Angebot für Kinder, Erwachsene sind aber durchaus willkommen. Eine regelmäßige Besucherin ist Stefanie Zabut, alleinerziehende Mutter der elfjährigen Sevdat und der zweijährigen Dilara. Unterhalt erhält die ehemalige Serviererin von ihren beiden Kindsvätern nicht, seit Jahren lebt sie mit ihren Töchtern von Hartz IV. 570 Euro plus die Miete für die Zweizimmerwohnung stehen ihr monatlich zur Verfügung. Da muss jeder Cent umgedreht werden: „Schwimmen gehen, Eis essen oder Kinobesuche sind einfach nicht drin.“

Zwar gibt es im Nahverkehr und bei manchen Freizeitangeboten Ermäßigungen durch den „Köln-Pass“ für Bedürf-

tige. Doch selbst die kleine Dilara muss in den städtischen Bädern „einen Euro Eintritt zahlen“, empört sich ihre Mutter. Die ältere Schwester Sevdat könnte auch in der Übermittagbetreuung der Schule essen. Dort aber kosten die Mahlzeiten 16 Euro pro Monat, zusätzlich werden 6 Euro Toilettengeld eingesammelt. Die Kosten summieren sich für Stefanie Zabut: „Hier beim Mittagstisch ist eben alles umsonst, und ich komme auch zum Reden her.“ Sie sucht den Kontakt zu „Alice“ und den anderen Helferinnen, schaut regelmäßig im „Fenster der Möglichkeiten“ im Schau-



Kinder beim Kalker Kindermittagstisch e.V.

Foto: Elisabeth Lorscheid

fenster nach, ob neue Spielsachen oder Kleiderspenden eingetroffen sind.

Getrennte Realitäten

Kinder aus Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten gehen seltener zu Vorsorgeuntersuchungen, sie sind häufiger krank, sie haben öfter Übergewicht und leiden stärker unter Sprachstörungen, psychosomatischen Erkrankungen und Verhaltensauffälligkeiten. Das alles bestätigt der Gesundheitsbericht der Stadt Köln, doch die konkrete Unterstützung der Verwaltung für engagierte Projekte wie den Mittagstisch bleibt gering. „Eigentlich müsste sich doch die Stadt um diese Kinder kümmern“, ärgert sich Elisabeth Lorscheid. Sie bekommt keine öffentliche Förderung, und „unsere Sozialdezernentin hat noch keinen Fuß vor diese Tür gesetzt“.

In heterogen strukturierten Städten wie Köln (der Studie zufolge gilt das ebenso etwa für Berlin, Hamburg oder Leipzig) leben verschiedenste Milieus nebeneinander her. Sie halten sich in getrennten Rea-



Preiswert und aktuell

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

Horst Clages, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,
Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



Neuerscheinung:

Band 19: Raubdelikte

Von
Michaela Mohr
und **Andrea Nagel**

ca. 136 Seiten

ISBN 978-3-8011-0681-2



Dieser Band setzt sich mit der komplexen Thematik der Raubdelikte auseinander. Der erste Teil vermittelt einen Überblick und befasst sich mit allgemeinen Aussagen zu den Raubdelikten. In ihrer Ausführung unterscheiden sich Raubstraftaten erheblich und es lassen sich unterschiedliche Täter- und Opferstrukturen feststellen.

Daher werden im zweiten Teil diese Erscheinungsformen und ihre jeweiligen Besonderheiten abgehandelt. Die Darstellung orientiert sich hier an den Kennziffern (Schlüsselzahlen) der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit den polizeilichen Reaktionen auf Raubstraftaten. Dabei werden neben der Erläuterung verschiedener Maßnahmen der Repression auch Möglichkeiten der Prävention be-

schrieben. Zudem widmet sich dieser Abschnitt der Tatortarbeit, den Wiedererkennungsmaßnahmen, den Ermittlungskommissionen und der Datenbearbeitung.

Für die Vorbereitung auf Klausuren oder Fachgespräche im Rahmen des Bachelor-Studiengangs dienen abschließend die Darstellung theoretischer Sachverhalte sowie eine Musterlösung.

Weiterhin erhältlich:

- Band 1: Grundlagen der Kriminalistik/ Kriminologie**
- Band 4: Identifizierung von Personen**
- Band 5: Die Beschuldigtenvernehmung**
- Band 6: Grundlagen der Rechtsmedizin**
- Band 7: Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht**
- Band 8: Tatortarbeit**
- Band 9: Beschreibung und Identifizierung von Bekleidung**
- Band 10: Brandermittlung**
- Band 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis**
- Band 12: Bearbeitung von Jugendsachen**
- Band 13: Kriminalistische Fallanalyse**
- Band 14: Der kriminalistische Beweis**
- Band 15: Todesermittlungen**
- Band 16: Grundlagen der Kriminaltechnik I**
- Band 17: Grundlagen der Kriminaltechnik II**
- Band 18: Delikte gegen Kinder**

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de



Zerfall in Arm und Reich

Kinderarmut konzentriert sich zunehmend in bestimmten Stadtteilen. Städte im Süden Deutschlands sind davon weniger betroffen als Städte im Norden, Westen oder Osten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Städtevergleich, den das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Land Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat. In einem Kooperationsprojekt, an dem sich 19 Großstädte beteiligten, wurden Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Zeitraum 2007 bis 2009 sozialräumlich verglichen.

Die geringste soziale Ungleichheit findet sich danach in wohlhabenden Städten wie Frankfurt, München und Stuttgart – erstaunlicherweise auch in Oberhausen, wenn auch aus ganz anderen Gründen: weil in der kriselnden Ruhrgebietskommune schlicht zu wenig soziale Spaltung fanden die Stadtforscher in Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Halle, Köln und Leipzig. Als innerstädtische Verlierer macht die Studie vor allem jene Viertel aus, die „durch Großsiedlungen“ oder „Gebäude der 50/60er-Jahre“ gekennzeichnet sind. Aus Sicht der Wissenschaftler/innen ist eines der wichtigsten Instrumente, um der räumlichen Konzentration von Armut entgegenzuwirken, „bezahlbaren Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereitzustellen“.

Literaturhinweis: Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009, von Jan Dohnke, Antje Seidel-Schulze und Hartmut Häußermann, 140 Seiten, 18 Euro. Bestellung über verlag@difu.de

litäten auf, nehmen sich gegenseitig kaum wahr. Die Erwachsenen bewegen sich meist unter Ihresgleichen, der Nachwuchs geht nicht auf dieselben Schulen. In Köln-Kalk zum Beispiel besucht nur jedes vierte Kind ein Gymnasium, im wohlhabenden Stadtteil Lindenthal nahe der Universität sind es dagegen 89 Prozent.

Brücken schlagen

„Eine Brücke über den Rhein“ schlagen will die Maria-Sibylla-Merian-Grundschule in Köln-Bayenthal. Schon seit mehr als einem Jahrzehnt sammeln die Schüler für eine engagierte katholische Gemeinde im sozial benachteiligten Höhenberg-Vingst. Dort veranstaltet Sozialpastor Franz Meurer unterstützt von hunderten von Helfern jeden Sommer das ökumenische Kinderferienlager „HöVi-Land“ (ein Stadtteil macht Urlaub). Im Basement der voll unterkellerten Kirche St. Theodor findet im wörtlichen Sinn die Basis christlicher Hilfe statt. Hier wird praktische Diakonie gelebt: Täglich verteilen ehrenamtliche Unterstützer Lebensmittel, geben Kleidung, Spielzeug oder Fahrräder umsonst an Bedürftige ab.

„Für uns war ein wichtiger Aspekt, dass Kinder für Kinder spenden“, sagt Antonie Bugnard, Leiterin der Grundschule im wohlhabenden Bayenthal: „Unsere relativ privilegierten Schüler können das besser nachvollziehen, als ein Projekt in Afrika oder Indien: Nur ein paar Kilometer von ihnen entfernt leben Kinder in äußerst bescheidenen Verhältnissen.“ Im Einzugsbereich leben überwiegend Familien, in denen „es niemandem wirklich schlecht geht“. Im Viertel ist die Aktion mittlerweile so bekannt, dass auch Bewohner, die keine Kinder an der Schule haben, Kleidung oder andere Spenden abgeben. Die Elternpflegschaft hilft den Kindern beim Sortieren und beim Stapeln der Kartons. Später können sich die Schüler ein Video ansehen, das zeigt, wie das Gesammelte in der Vingster Kirchengemeinde ankommt. Manchmal fahren Eltern mit ihren Kindern auch persönlich auf die andere Rheinseite, um größere Sachspenden wie ein Bettgestell vorbeizubringen. „Viele werden schon von zu Hause aus dazu angehalten, an andere zu denken und sich zu engagieren“, lobt Schulleiterin Bugnard. Dem Motto gemäß werden so tatsächlich Brücken zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Ortsteilen geschlagen – und der räumlichen Spaltung der Stadt etwas entgegengesetzt.

*Kontakt zum Kindermittagstisch
Elisabeth Lorscheid
Telefon: 0178-1696303
E-Mail: kkmittagstisch@aol.de
Spendenkonto 363543
Kreissparkasse Köln (BLZ 37050299)
Internet: kalkerkindermittagstisch.de*

DPolBlatt 6/2011, S.17 ff.) angeschlossen hat. Selbst die Übertragung auf einen Monitor zur Lenkung des Einsatzes (Kamera/Monitor-Prinzip) ohne Speicherung der Daten stellte sich auch als Eingriff in die Versammlungsfreiheit dar und bedurfte daher der Ermächtigung nach §§ 12a, 19a VersG; die Voraussetzungen lagen jedoch nicht vor, so dass die Aufnahmen rechtswidrig waren (Vgl. VG und OVG Münster, a.a.O.).

Vorbildlich ist die Regelung des Bundeslandes Bayern in Art. 9 BayVersG. Dort werden differenzierte Regelungen getroffen, die auch den Belangen der polizeilichen Praxis Rechnung tragen. Das Anfertigen von Übersichtsaufnahmen zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes ist unter erleichterten Bedingungen zulässig, vgl. Art. 9 Abs. 2 BayVersG. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Regelung ausdrücklich gebilligt und eine erneute Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen, vgl. BVerfG, Beschl. v. 21.3.2012. NRW hat bisher kein Landes-Versammlungsgesetz in Kraft gesetzt, so dass für die Polizei die Aufnahmen zur Lenkung der Versammlung nur unter den Voraussetzungen einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gem. §§ 12 a, 19a VersG möglich sind.

Im Ergebnis sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Fertigung von Übersichtsaufnahmen schlechter, weil eine spezifische Landesregelung fehlt.

Ein weiteres Problem, das insbesondere auch die Luftaufnahmen, z.B. aus dem Hubschrauber oder mit Drohnen betrifft, ist die Frage, ob eine offene Datenerhebung, eine Datenerhebung ohne Kenntnis des Betroffenen oder sogar eine heimliche oder verdeckte Maßnahme vorliegt.

Eine Meinung sieht in dem Drohneinsatz eine verdeckte (verschleierte, getarnte) Datenerhebung (vgl. Roggan, NVwZ 2011, 590 ff.). Die Unterscheidung ist wichtig, weil der Gesetzgeber das Prinzip der offenen Datenerhebung favorisiert und die verdeckte Datenerhebung unter Spezialbefugnisse (§§ 17 ff. PolG NRW) stellt, die erhöhte tatbestandliche Voraussetzungen haben und auch spezielle Anordnungskompetenzen als verfahrensrechtlicher Grundrechtsschutz vorsehen.

Auch hier könnte der Landesgesetzgeber Klarheit schaffen; § 9 Abs. 2 BayVersG sieht bei Übersichtsaufnahmen das Prinzip der offenen Datenerhebung vor, das m.E. bei Luftaufnahmen aus dem Hubschrauber noch gegeben ist. Ähnlich ist die Rechtslage im Bundesland Niedersachsen, das in § 12 Abs. 2 NVersG die offene Datenerhebung für die Übersichtsaufnahmen vorsieht.

Marcello Baldarelli, Köln



Angemerkt

Liebe Kollegin, lieber Kollege, warum haben wir Krisen? Vor einigen Tagen gab darauf jemand eine simple Antwort: Weil man daran verdienen kann. So ähnlich kann man das in abgewandelter Form überall lesen. Auch Schulden sind demnach etwas Gutes. Ohne Schulden läuft nix. Man kann daran verdienen. Aber wer verdient daran? Wer profitiert von Streit und Aggressivität?



Diejenigen, die Krieg schüren, können Waffen verkaufen, diejenigen die Ängste schüren z. B. vor Krankheiten, können Medikamente verkaufen, und die-

jenigen, die Streit schüren, stehen im Focus und spüren Macht.

Ist friedliches Miteinander eine Illusion? Weil „friedlich miteinander auskommen“ niemand will? Resignieren „die Schwächeren“? Weil es keine Anerkennung dafür gibt?

Es kann nicht sein, dass „Brandstifter“ sich als Gewinner fühlen. Sie gefährden die Demokratie. Es muss klar werden, dass sich friedliches Miteinander lohnt. Bei dem Wort „es lohnt sich“ wäre es in diesem Zusammenhang fatal anzusetzen bei dem materiellen „es lohnt sich“. Wer so gestrickt ist, wird scheitern. Gier als Motivation für mehr Macht und Einfluss? Der Gier liegt fehlendes Selbstwertgefühl zugrunde sowie Angst vor fehlender Anerkennung. Ist das Anerkennung, was derjenige sich mit „viel Streit“ oder/und „viel Geld“ verschafft? Ein fataler Irrtum. „Macht ist die Angst der anderen.“ Das sollten „die Schwächeren“ wissen!

Die Polizei gilt als Garant für den inneren Frieden in Deutschland. Garant für den Frieden und friedliches Miteinander,

das sollten wir als GdP weiter sein und wollen. Wir engagieren uns für den Erhalt der Demokratie. Die GdP bekennt sich in ihrer Satzung dazu.

Rückbesinnung ist geboten. Orientierung an den Grundwerten, die unsere Demokratie ausmachen. Zur Sicherung dieses Friedens brauchen wir auch eine höhere Wertschätzung im Miteinander sowie Offenheit und Transparenz von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Außerdem spielen Teilhabe und Partizipation im Miteinander eine entscheidende Rolle. Vertrauen und Offenheit, Ehrlichkeit und konstruktive Kritik, Zuverlässigkeit und Verlässlichkeit, das sind die Eckpfeiler, zwischen denen sich Engagement bewegen sollte.

Die Senioren sehen ihre Verantwortung in diesem Prozess. Sie haben ein starkes Interesse daran, dass erhalten bleibt, was sie maßgeblich mit aufgebaut haben. Deswegen mischen wir uns mit heißem Herzen mit ein. Als Teil des Ganzen zum Wohl des Ganzen.

Anton Wiemers,

Bundesseniorenvorsitzender

10. DEUTSCHER SENIORENTAG

Herausforderungen und Chancen des Alters sehen

„Ja zum Alter!“ so lautete das Motto des 10. Deutschen Seniorentages, der im Mai 2012 im Congress Centrum Hamburg stattgefunden hat. Veranstalter des Deutschen Seniorentages ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. in Bonn. In der BAGSO haben sich 110 Verbände zusammengeschlossen. Die BAGSO vertritt damit die Interessen von etwa 13 Millionen älteren Menschen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

In ihrer Begrüßung der Teilnehmer untermauerte die Vorsitzende der BAGSO, Prof. Dr. Ursula Lehr den Leitgedanken der Veranstaltung: „Sagen wir Ja zum Altern! Wir alle werden älter von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr. Dass wir älter werden, daran können wir nichts ändern. Aber wie wir älter werden, das haben – zum Teil wenigstens – wir selber in der Hand. Und es kommt ja nicht darauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.“

„Gutes Altern“

Für ein möglichst gesundes und kompetentes Älterwerden müsse allerdings jeder Einzelne etwas tun, „Älter werden – aktiv bleiben“ sei die Devise. Körperliche, geistige und soziale Aktivität seien die Voraussetzung für ein „gutes Altern“. „Wir sind dem Prozess des Älterwerdens nicht hilflos ausgeliefert, sondern wir können ihn gestalten. Eigenverantwortung ist gefragt“, so Frau Prof. Lehr weiter. Der Mensch, der keine Aufgabe habe, gebe sich auf. Es sei aber auch unsere Gesellschaft gefragt.

Bundespräsident Gauck hatte kurzfristig die Schirmherrschaft für den 10. Deutschen Seniorentag übernommen, seine Teilnahme zugesagt und die Eröffnungsrede gehalten. Er stehe als Verbündeter vor den Teilnehmern des Deutschen Seniorentages, so der Bundespräsident. Mit gerade 72 Jahren habe er eine ganz neue, schöne und ehrenvolle Aufgabe übernehmen dür-



fen. Er habe Hoffnungen und Pläne und lebe das Motto des Deutschen Seniorentages „Ja zum Alter“ ganz persönlich.

Angst vor dem „Pflegefall“

Das wir altern sei ja nicht neu, so der Bundespräsident. Neu sei jedoch, dass so

10. DEUTSCHER SENIORENTAG

viele von uns um so viel älter werden – eine rasante Veränderung, die seit mehr als einem Jahrhundert im Gange sei. Historisch sicher sei auch, dass ein materiell abgesicherter Lebensstandard nicht mehr nur Privileg von Wenigen ist.

Mit dem Altern seien auch viele Befürchtungen verbunden. Da sei die Sorge, dass unserer Gesellschaft die Ideen ausge-

der dann schlagkräftig aufhören soll, auf Kosten der Vielfalt an Fähigkeiten, die in jedem von uns stecke? Wie viele gerieten in eine regelrechte Krise, wenn plötzlich Anerkennung durch Arbeit und Leistung und damit oft das soziale Umfeld wegbrechen.

Er wünsche sich, dass jene, die es wollen, länger im Beruf bleiben können – unter besseren Bedingungen würden das heu-

als eine, in der die gewohnten Kategorien von Selbstverantwortung, Leistung und Nützlichkeit nicht mehr zählen – ja nicht mehr zählen dürfen – ist ein der großen Herausforderungen.“ Hier werde sich die Menschlichkeit unserer alternden Gesellschaft erweisen. Vielen Menschen seien Werte wie Barmherzigkeit bzw. Solidarität in ihren beruflichen Lebensläufen abhanden gekommen. So müssten wir zum Teil wieder erlernen, was wir eventuell früher gewusst, aber dann verlernt haben bei unseren mannigfachen Formen von Egotrips oder unsozialen Arbeitsverhältnissen.

Besondere Phase des Lebens

Gauck: „Mir ist darum nicht bang, meinen Urenkeln sagen zu können: Wir werden das schaffen. Wir werden den Gewinn an Lebenszeit besser teilen – zum Vorteil der Alten wie der Jungen, zum Vorteil der Gesellschaft wie des Einzelnen. Wir werden das Alter als eine besondere Phase unseres Lebens schätzen und diese verantwortlich gestalten. Wir werden erkennen, dass die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer Gesellschaft des langen Lebens nur dann bedrohlich sind, wenn zu starr an den bisherigen Systemen, Vorgaben und Eckpunkten festgehalten wird.“

In Gesellschaft einbringen

Im Anschluss an die Rede des Bundespräsidenten richteten Bundesministerin Dr. Kristina Schröder, Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und der Vorstand der Körber Stiftung, Dr. Lothar Dittmer, Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In ihrer „Hamburger Erklärung“ zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages sprach sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) mit ihren 110 Mitgliedsverbänden für ein „JA zum Alter“ aus. Der Appell an die Älteren sei, die Herausforderungen und Chancen des Alters zu sehen und sich noch stärker in die Gesellschaft einzubringen. Die Politik wurde aufgefordert, hierfür die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehörten unter anderem die Möglichkeit zum Mitgestalten und Mitentscheiden, lebenslanges Lernen sowie soziale Sicherheit.

Weitere Informationen zum 10. Deutschen Seniorentag und die Hamburger Erklärung sind im Internet unter:

www.deutscher-senorentag.de abrufbar.

Horst Müller



Bundespräsident Joachim Gauck während seiner Rede bei der Eröffnung des Deutschen Seniorentages im Congress Center Hamburg. Foto: Bundesregierung/Jesco Denzel

hen, dass die Netze der sozialen Sicherung zerreißen und die Kosten für die Pflege und Gesundheit explodieren könnten. Da sei auch die Angst vor der Armut im Alter, vor Einsamkeit und davor, ein Pflegefall zu werden. In ihrer Gesamtheit sei die heutige ältere Generation die wohlhabendste und gesündeste, die es in Deutschland je gegeben habe.

Veränderungsbereit sein

Er wünsche sich eine Gesellschaft, die von den Älteren erwartet, veränderungsbereit zu sein, die die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen gibt, und damit die Grundlage, lebenslang tätig zu bleiben. Das mag manchem Bild von Ruhestand widersprechen. Aber sei es nicht im Grunde viel kraftraubender, wenn man sein Leben nur auf eine Tätigkeit ausrichte, und mit

te schon viel gern tun. Er wünsche sich, dass individuelle Übergänge ermöglicht werden, dass Älteren eine Chance gegeben wird, sich weiter zu entwickeln, ihnen Achtung und Wertschätzung entgegengebracht und ihren Bedürfnissen pragmatisch entgegengekommen wird.

Werte abhanden gekommen

Er wünsche sich aber auch, dass Niemanden Unzumutbares zugemutet werde. Aber das Zumutbare schon, zumal wenn es sich mit dem Erwünschten decke.

An anderer Stelle sagte Gauck, die Selbstverantwortung in unserer Gesellschaft sei ein hoher Wert. „Wir wissen aber auch, dass ein Moment kommen kann, in dem wir nur noch sehr bedingt selbst steuern können, was mit uns passiert. Diese Lebensphase zu akzeptieren





JUGENDGEWALT

Kampfzone Straße

Täglich, ja fast stündlich lese ich beim Blättern in den Polizei-Meldungen, mit wie viel Brutalität jugendliche Straftäter ihre Opfer misshandeln. Mit immer neuer, in Schrecken versetzender Deutlichkeit wird mir dabei klar, dass mehr als bisher getan werden muss, um dieser unsäglichen Entwicklung entgegenzutreten. Selbstverständlich gehen wir als Polizei so gut es geht gegen diese außer „Rand und Band“ geratenen Gewalttäter vor, ich muss aber gleichzeitig konstatieren, dass dies nicht ausreicht.

Vor kurzem habe ich nun ein neu erschienen Buch entdeckt, welches aus meiner Sicht die aktuelle Situation anhand von Beispielen realistisch beschreibt und gleichzeitig gangbare Lösungsmöglichkeiten anbietet. Dieses Buch trägt den Titel: „Kampfzone Straße“ und wird im Herder Verlag verlegt. Bei den Autoren handelt es sich einerseits um den überaus erfahrenen Polizeihauptkommissar Karlheinz Gaertner, auch langjähriges GdP-Mitglied, und andererseits um das ehemalige Gang-Mitglied und jetzigen Quartiersmanager Fadi Saad.

Beide beschreiben jeweils aus ihrer Sicht eindrucksvoll, wie sie, teils mit kleinen Schritten, versuchen, diesen immer früher aggressiver werdenden Jugendlichen entgegenzutreten und Lösungen zu finden. Sie arbeiten dabei schwer-

punktmäßig im Norden Neuköllns, dem Stadtteil Berlins, mit der höchsten Quote



Kampfzone Straße, Karlheinz Gaertner, Fadi Saad, Herder Verlag, 1. Aufl. 2012, 220 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 14,99 Euro, ISBN 978-3-451-30472-9

an Jugendgewalttaten, wobei dies auch beispielhaft für viele Städte in Deutschland stehen dürfte.

Das Buch, das ich trotz meiner eigenen polizeilichen Erfahrung regelrecht verschlungen habe, zeigt, dass man auch mit einer Vita, die unterschiedlicher kaum sein kann, Erfolge erzielt. Hier erscheint mir lediglich das Verstehen des Anderen, der Wille zur wirklichen Veränderung und das Erkennen effektiv etwas gegen diese Gewalt zu tun, der Garant des Erfolges.

Wenn ich beispielsweise ihre Forderung nach einer Änderung des Waffenrechts in Richtung eines Trageverbots von Messern in der Öffentlichkeit, im Zusammenhang mit diesen unzähligen täglichen Messerattacken in Berlin, mit dem Ergebnis von schwersten Verletzungen betrachte, dann kann ich dies als einen ersten Schritt in die richtige Richtung mehr als nur begrüßen.

Aber auch die unterschiedlichsten Annäherungen der beiden Autoren an Themen wie: Gewalt in den Schulen, Friedensrichter, Häusliche Gewalt, Respekt und Toleranz und viele, viele mehr, bieten ein interessantes und lehrhaftes Bild für unsere Gesellschaft. Allein die selbst erlebten und detailliert beschriebenen Fälle aus der polizeilichen und der sozial politischen Praxis jagten mir einen Schauer über den Rücken.

Ich kann dieses Buch ohne Einschränkungen empfehlen und wünsche eine informative Lesezeit.

Rainer Schlipat
Bezirksgruppenvorsitzender
Direktion 5 Berlin



Deutsche Polizei

Nr. 10 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse: Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse: Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto und Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34
vom 1. Januar 2012



Druckauflage dieser Ausgabe:
175.613 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887



2013 – Alle Termine im Griff ...

... mit dem VDP-Kalenderprogramm



Polizeiterminer 2013

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm.
Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



Polizeikalender 2013

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die neuen Fahrerlaubnisklassen“ und „Die Entwicklung des Fahrpersonalrechts“



Cartoon-Wandkalender Polizei 2013

Seit mehr als 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 großformatige farbige Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Unsere Kalender zum Sonderpreis!

Paket 1:

Alle 3 Kalender
zusammen für nur

17,50 €

Paket 2:

Polizeiterminer und
Polizeikalender für nur

7,50 €



Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Aufladbares
Kraftpaket
mit revolutionärem
Lichtvolumen

LED LENSER®  **M7R X**

- Wiederaufladbar
- 600 Lumen*
- 235 m* Leuchtweite
- 8.5 h** Leuchtdauer
- Advanced Focus System (AFS)
Homogener Lichtkreis (defokussiert)
Scharf gebündeltes Fernlicht (fokussiert)



* Lichtstrom (Lumen) bzw. maximale Leuchtweite (Meter) gemessen in der hellsten Einstellung beim Einschalten mit einem vollständig aufgeladenen Akku. Es handelt sich um durchschnittliche Werte, welche im Einzelfall je nach Chip und Akku um +/- 15 % abweichen können.

** Durchschnittliche Leuchtdauer der niedrigsten Stufe bis zu einem Lichtstrom von 1 Lumen.

Demnächst bei Ihrem Fachhändler erhältlich!

ZWEIBRÜDER® OPTOELECTRONICS

Zweibrüder Optoelectronics GmbH & Co. KG • Germany • 42699 Solingen • Kronenstr. 5-7 • Tel.+49 212/5948-0 • Fax+49 212/5948-200 • www.zweibrueder.com • info@zweibrueder.com